

Halbach, Uwe

**Research Report**

## Rußlands Welten des Islam

SWP-Studie, No. S 15/2003

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

*Suggested Citation:* Halbach, Uwe (2003) : Rußlands Welten des Islam, SWP-Studie, No. S 15/2003, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252465>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Uwe Halbach*

# **Rußlands Welten des Islam**

S 15  
April 2003  
Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2003

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6372

# Inhalt

**Problemstellung und Empfehlungen** 5

**Islam und Muslime als Thema russischer Politik** 7

**Die Bedrohungsperzeption:**

**Islam und Extremismus** 9

Das Schlagwort von den »Wahhabiten« 9

Einfluß von außen 11

Terrorismus 13

**Muslime und Islam im Bevölkerungs-  
und Religionsgefüge Rußlands** 19

Die muslimische Bevölkerung Rußlands 19

Beziehungen zwischen den

Glaubensgemeinschaften 22

Der Zwist der Muftis 23

**Regionale Differenzierung** 25

Zerklüftung in unterschiedliche

»islamische Massive« 25

Islamische »Wiedergeburt« an der Wolga 25

Der Nordkaukasus als muslimische

Krisenperipherie Rußlands 27

*Islamisierung des Konflikts*

*zwischen Moskau und Tschetschenien* 29

*Islam und Politik in Dagestan* 33

**Die außenpolitische Dimension** 36

Islamismus und Tschetschenien als

Thema russischer Außenpolitik

gegenüber Staaten der islamischen Welt 36

*Beziehungen zum Iran* 37

*Beziehungen zur Türkei* 37

*Beziehungen zu Saudi-Arabien* 38

*Beziehungen zu Israel* 40

**Ausblick** 42

**Abkürzungen** 43



### **Rußlands Welten des Islam**

In der internationalen Auseinandersetzung über das Verhältnis zwischen Terrorismus und radikalem Islamismus ist Rußland zu einem wichtigen Sprecher geworden. Schon lange vor der Allianz, die Rußland infolge des 11. September 2001 mit den USA eingegangen ist, hatte es dieses Thema in seiner Außen- und Sicherheitspolitik zum Beispiel gegenüber zentralasiatischen Staaten betont und zum Dreh- und Angelpunkt seiner Darstellung des Tschetschenienkriegs gemacht. Es war bereits vor der Zäsur des 11. September zum Opfer verheerender terroristischer Anschläge geworden. Fixiert Rußland sich bei der Auseinandersetzung mit islamischer Wiedergeburt im postsowjetischen Raum einseitig auf den militanten Islamismus, läuft es aber auch Gefahr, sich in ein gespanntes Verhältnis zu seinem eigenen muslimischen Bevölkerungsteil zu setzen, der bis zu zwanzig Millionen Menschen umfaßt.

Die Russische Föderation gehört zu jenen europäischen Staaten, in denen Muslime die zweitgrößte Glaubensgemeinschaft bilden. Damit könnte sie ein relevanter Partner für den notwendigen europäischen Erfahrungsaustausch über die Integration von Muslimen in säkulare Staaten mit nichtmuslimischer Bevölkerungsmehrheit sein. Dem objektiven Herangehen an das Thema »Islam im eigenen Land« stehen in Rußland aber einige Probleme entgegen. Europäische Politik gegenüber Rußland und Teilen des postsowjetischen Raums (Kaukasus, Zentralasien) muß sich darum bemühen, bei Aussagen russischer Medien, Politiker und Geheimdienste zur islamistischen Bedrohung realitätsbezogene Informationen von verzerrten, aber subjektiv empfundenen Wahrnehmungen und von propagandistisch gefärbten Deutungen zu unterscheiden. Letztere kamen insbesondere bei der Legitimierung des militärischen Vorgehens in Tschetschenien auf. Zu beachten ist:

- ▶ Der inflationäre Gebrauch des Schlagworts »Wahhabiten« zur Bezeichnung radikal-islamistischer Kräfte verhindert eine genauere Identifikation extremistischer Strömungen, von denen Gefahr für das friedliche Zusammenleben der Konfessionen und für den innerkonfessionellen Frieden ausgeht. Es gilt, Rußland zu präziseren Informationen über die von ihm perzipierte islamistische Gefahr anzuhalten.

- ▶ Religiöse Einflüsse aus dem Ausland werden als breite Offensive islamistisch-terroristischer Kräfte gegen Rußland und den postsowjetischen Raum hingestellt. Der pauschale Charakter dieser Darstellung erschwert die Identifizierung tatsächlicher und ernstzunehmender islamistischer Einflüsse von außen. Zahlenangaben in russischen Quellen, zum Beispiel über die Mitwirkung ausländischer Mudschahedin in den beiden Kriegen in Tschetschenien, werden in einer Schwankungsbreite präsentiert, die Zweifel aufkommen läßt. Auch hier gilt es, kritisch nachzufragen und dabei auf die Bedeutung objektiver Information über externe islamistische Einflüsse im eurasischen Raum für europäische Sicherheitspolitik hinzuweisen.
- ▶ Die Tendenz zur Externalisierung relativiert hausgemachte Ursachen von Extremismus, wie sie zum Beispiel im Nordkaukasus in großer Dichte vorhanden sind. Sie findet ihren deutlichsten Ausdruck in der Darstellung der sogenannten Anti-Terror-Operation in Tschetschenien. Moskaus militärisches Vorgehen im Nordkaukasus mit seiner diffusen Gewaltausrichtung gegen die tschetschenische Zivilbevölkerung wird als zielgerichteter Kampf gegen internationale islamistische Netzwerke präsentiert. Bei aller tatsächlichen Einmischung externer Kräfte in den Tschetschenienkonflikt täuscht diese Darstellung über die eigentlichen Hintergründe dieses Konflikts und den Charakter des schmutzigen Kriegs hinweg. Europäische Politik gegenüber Rußland muß auf den krassen Widerspruch hinweisen, der zwischen der Darstellung des Tschetschenienkriegs als rein innerstaatlicher Angelegenheit Rußlands und der gleichzeitigen Externalisierung (Kampf gegen transnationalen Islamismus-Terrorismus) besteht.
- ▶ Seit Mitte der neunziger Jahre betrachtet Rußland seinen muslimischen und besonders seinen kaukasischen Bevölkerungsteil durch das Prisma der Gewalteskalation in diesem Konflikt. Mit der zunehmenden *Islamisierung des Tschetschenienkonflikts* entwickelte sich eine *Tschetschenisierung der russischen Islamperzeption*. Die islamophobe Darstellung des zweiten Tschetschenienkriegs in russischen Quellen treibt einen Keil zwischen Rußland und seinen muslimischen Bevölkerungsteil, der sich nicht auf die kaukasische Peripherie beschränkt. Gewaltereignisse, die mit dem Krieg in Tschetschenien in Verbindung stehen, wie das Moskauer Geiseldrama vom Oktober 2002, setzten den gesamten muslimischen Bevölkerungsteil Rußlands ebenso wie Migranten aus dem Kaukasus und Zentralasien unter Druck.
- ▶ Die propagandistisch gefärbte Deutung vom *Kampf gegen islamistischen Terrorismus* droht den andauernden Krieg zu einem Beispiel von *self-fulfilling prophecy* zu machen. Denn neue Rekrutierungsfelder für Mudschahedin und Selbstmordattentäter entstehen vor allem durch den mörderischen Druck, den die militärischen »Sondermaßnahmen« und »Säuberungen« auf die tschetschenische Zivilbevölkerung ausüben. Europäische Politik muß sich mithin entschieden für die Beendigung solcher ungesetzlichen Maßnahmen einsetzen, die als Terrorismusbekämpfung präsentiert werden, in Wirklichkeit aber Gewalt auf breiter Basis erzeugen.
- ▶ Das Thema »Islam in Rußland« ist nicht auf Tschechenien oder den Nordkaukasus beschränkt. Im Gegensatz zu Problemen islamischer Wiedergeburt in sowjetischen Nachfolgestaaten in Zentralasien wurde es aber bislang in der internationalen Wissenschaft und Politik weniger beachtet oder einseitig auf den Nordkaukasus bezogen. Die vorliegende Studie möchte sich dem Verhältnis zwischen Rußland und seinen Muslimen deshalb auf etwas breiterer Basis widmen und dabei auch das Thema »Islam in der Außenpolitik Rußlands« einbeziehen.

## Islam und Muslime als Thema russischer Politik

Rußland hat in folgenden Politikfeldern mit Islam und Muslimen zu tun:

- ▶ Auf religions- und nationalitätenpolitischen Handlungsfeldern in bezug auf den muslimischen Teil seiner Bevölkerung. Er besteht aus etwa 40 vorwiegend türkischen und kaukasischen Volksgruppen und umfaßt zwischen acht und nach anderen Schätzungen mehr als 20 Millionen seiner insgesamt 144 Millionen Staatsbürger.<sup>1</sup> Die Russische Föderation (nachfolgend: RF) ist trotz ihrer russischen Bevölkerungsmehrheit (über 80 Prozent) und der Dominanz der russisch-orthodoxen Kirche (nachfolgend: ROK) ein multireligiöser Vielvölkerstaat mit kolonialgeschichtlichem Hintergrund, in dem 9 von 21 Teilrepubliken muslimische Titularnationalitäten und 7 muslimische Bevölkerungsmehrheiten haben und in dem auch russische Regionen, darunter die Hauptstadt Moskau, relevante muslimische Bevölkerungsteile aufweisen.
- ▶ In seiner föderalen Politik gegenüber einigen seiner »Föderationssubjekte«, insbesondere gegenüber nationalen Teilrepubliken im Nordkaukasus und in der Wolga-Ural-Region.
- ▶ Außenpolitisch gegenüber sechs GUS-Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit und gegenüber islamisch geprägten Staaten im Mittleren Osten und in Asien, von denen einige in der Vergangenheit besondere Adressaten sowjetischer Außenpolitik waren. Hinzu kommt, daß das neue weltpolitische Thema »Terrorismus« in Rußland in besonders enger Verbindung mit Islamismus und Separatismus und mit Perzeptionen von »islamischer Gefahr« und »Bedrohung aus dem Süden« (*južnaja ugroza*) gesehen und behandelt wird.

Wenn es auch keine staatliche Islampolitik Rußlands gibt, sind doch mit dem politisch relevanten Thema Islam Strukturen der Exekutive auf föderaler und regionaler Ebene befaßt – einschließlich der Präsidialadministration, des Nationalitätenministeriums und regionaler Zentren für strategische Forschung in der Wolgaregion und im Nordkaukasus. In den nationalen Teilrepubliken der RF mit muslimischer Titular-

nationalität stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Politik und Islam in direkterer Weise. Auf der einen Seite hat in der nordkaukasischen Teilrepublik Dagestan die lokale Regierung mit Unterstützung aus Moskau unter dem Banner des Kampfs gegen den Wahhabismus<sup>2</sup> in die lokalen Religionsangelegenheiten eingegriffen. Auf der anderen Seite wurden in der Rußland abtrünnig gewordenen tschetschenischen Republik in der Zwischenkriegszeit von Herbst 1996 bis Herbst 1999 juristische und politische Institutionen islamisiert und wurde auch in anderen Teilen des Nordkaukasus (Inguschetien u.a.) die Einführung von Scharia-Elementen in die lokale Rechtspraxis erörtert.

Ein Diskurs über Islam wurde in der russischen Öffentlichkeit seit Beginn der neunziger Jahre und der »Wiedergeburt von Religion« in postkommunistischen Gesellschaften geführt. Er stand zunächst im Zusammenhang mit der nach dem Zerfall der Sowjetunion aktuell gewordenen Selbstcharakterisierung Rußlands. Das Verhältnis zum Islam wurde zu einem Kriterium für die Positionierung im diffusen Diskurs über eine spezifische Zivilisation Rußlands. Eine sogenannte *eurasische Richtung* identifizierte in dieser Auseinandersetzung das jahrhundertealte Miteinander christlich-orthodoxer und islamischer Kultur als Grundkomponente der Geschichte Rußlands, hob dabei den kulturellen Pluralismus und synkretistischen Charakter der Religiosität jener Völker hervor, die auf dem Territorium der heutigen RF leben, und beharrte darauf, daß der Islam bei Tataren und kaukasischen Völkern mit dem Islam in der arabischen Welt nicht vergleichbar sei. Dieser Position kam die Selbstdarstellung der Muslime Rußlands – vertreten durch ihre offiziellen Repräsentanten – recht nahe. Das Verhältnis der *russischen Nationalisten* zum Islam blieb zwiespältig. In diesem Lager akzeptierte man den »rußländischen Islam« als einen Aspekt der kulturgeschichtlichen und geopolitischen Sonderstellung Rußlands, als potentiellen Partner in der Abgrenzung vom Westen, zeigte aber gleichzeitig islamophobe Tendenzen – zum Beispiel wenn es um die demographische Dynamik der Muslime in Phasen einer russischen

<sup>1</sup> Zur Zahl der Muslime in Rußland siehe weiter unten, S. 19f.

<sup>2</sup> Zu diesem Begriff siehe unten, S. 9ff.



Bevölkerungskrise ging. Weltanschauliche Berührungspunkte, so bei der Anfeindung der Nachahmer westlicher Kultur, gab es zwischen rechtsradikalen russischen Gruppierungen und Propagandisten aus dem Kreis der 1990 in Astrachan gegründeten Partei der Islamischen Wiedergeburt. Artikel aus der Literatur dieser Partei wurden in der Zeitung *Den'* (Der Tag) verbreitet, dem Sprachrohr der großrussischen Rechten. Die russischen *Demokraten, Liberalen und »Westler«* assoziierten islamische Wiedergeburt zwar mit der Gefahr einer religiösen Negation von Säkularismus, plädierten aber für Glaubensfreiheit in Rußland und für kulturellen Pluralismus, was Toleranz gegenüber den Muslimen des eigenen Landes erforderte.

Das Thema rückte in der russischen Publizistik aber immer stärker in die Rubrik Geopolitik ein, wurde zunehmend in einen Zusammenhang gestellt mit dem Verlust unmittelbarer Kontrolle Rußlands über Zentralasien und den Kaukasus, der Verstärkung islamistischer Oppositionsbildung in einigen Ländern der südlichen Nachbarschaft und vor allem mit der gewaltsamen Auseinandersetzung mit der eigenen muslimischen Peripherie im Nordkaukasus. Die beiden Tschetschenienkriege (1. Krieg: Dezember 1994 bis August 1996; 2. Krieg: seit September 1999) wurden zum Hauptkatalysator für eine Islamophobie, die Rußland in Widerspruch zu seiner eigenen Wirklichkeit als polyethnisch-multireligiöse Gesellschaft bringt. In der Presse diskutieren seit Jahren Journalisten, Experten und Leser, aber auch hochrangige Politiker über die Perspektive von Islam und Muslimen in Rußland. Insbesondere nach dem 11. September 2001 und der Geiselkrise von Moskau im Oktober 2002 kam es zu heftigen Ausschlägen. Im November 2002 meldete sich der ehemalige Außenminister und Exregierungschef Primakow in seiner Eigenschaft als studierter Orientalist zu Wort – mit einem längeren Artikel unter der Überschrift »Ein Krieg gegen den Islam kann Rußland spalten«.<sup>3</sup> Primakow hatte schon in der Vergangenheit wiederholt davor gewarnt, Begriffe wie Fundamentalismus, Islamismus, Extremismus und Terrorismus in einen Topf zu werfen. Auch andere Politiker einschließlich des Präsidenten Putin erklärten öffentlich, man dürfe Islam nicht pauschal mit Terrorismus gleichsetzen, leisteten aber mit plakativen Aussagen auch immer wieder Simplifizierungen Vorschub.

3 Izvestija, 5.11.2002.

## Die Bedrohungsperzeption: Islam und Extremismus

### Das Schlagwort von den »Wahhabiten«

Während im postsowjetischen Zentralasien radikal-islamistische Formationen überwiegend mit ihrer Eigenbezeichnung tituliert werden (Islamische Bewegung Usbekistans, Hizb-ut-Tahrir u.a.), dient in Rußland ein diffus verwendeter Terminus zur Etikettierung islamistischer Kräfte: *Wahhabiten* und *Wahhabismus*. Er wird von den so Bezeichneten nicht als Selbstbezeichnung verwendet und hat eine Vorgeschichte, die in sowjetische Zeit zurückreicht. Historisch verweist der Terminus auf einen frühen Fall von islamischem Fundamentalismus, der besondere politische Wirkung entfaltete – die am »reinen Islam« der Frühzeit orientierte, extrem puristische Lehre des Ibn Abd al-Wahhab (18. Jahrhundert) –, und geographisch auf die arabische Halbinsel, wo diese Lehre zur ideologischen Grundlage saudischer Dynastie und Staatsbildung wurde.

Dabei hat das Schlagwort in Rußland aber eine weitläufige Bedeutung angenommen, die über den historischen Wahhabismus und den Bezug auf die religiös-politischen Verhältnisse im heutigen Saudi-Arabien weit hinausweist. Bei der Beschreibung des Islam im eigenen Land und im gesamten postsowjetischen Raum taucht in den Massenmedien Rußlands kein Terminus so häufig auf wie dieser – dabei ausschließlich im Zusammenhang mit Fanatismus und Militanz. Nur einige russische Islam- und Regional-experten zeichnen ein davon abweichendes Bild: Unter den als »Wahhabiten« etikettierten Personen seien ihnen Gläubige mit einer für exsowjetische Muslime untypisch konsequenten islamischen Lebensführung begegnet, die keinerlei fanatische Züge aufwiesen. Den Einfluß von außen, der mit dem nach Saudi-Arabien weisenden Terminus angedeutet wird, kehrt besonders die offizielle Geistlichkeit der Muslime so stark heraus, weil im gesamten GUS-Raum in die Heimat zurückkehrende Absolventen von Religionsstudien im Ausland zu Anhängern eines betont normativen sunnitischen Islam geworden sind. Sie werden als solche zu Konkurrenten der etablierten Geistlichkeit, deren Autorität in der Bevölkerung oft gering ist. Und weil sie gegen lokale kulturelle Ausprägungen von Islam auftreten, in denen sich vor-

islamische Traditionen konserviert haben, werden sie als Extremisten und Fundamentalisten wahrgenommen. Der russische Journalist Igor Rotar zitiert einen solchen »Wahhabiten« aus der dagestanischen Gemeinde Karamachi: »Nach den Jahren der Sowjetmacht ist eine ganze Generation von Leuten entstanden, die sich aufregen, wenn man das Leben eines konsequenten Muslims führt. Diese Leute haben uns das Etikett »Wahhabiten« angeheftet.«<sup>4</sup>

Andererseits werden mit diesem Terminus Gruppierungen bezeichnet, die tatsächlich dem Spektrum des militanten Islamismus zuzuordnen sind. Bei aller inflationären Verwendung des Schlagworts lassen sich im wesentlichen vier Bedeutungen unterscheiden.

»Wahhabiten« stehen für:

1. Mitglieder islamistischer Bewegungen, die sich auf die Lehre des arabischen Reformators Ibn Abd al-Wahhab und die in Saudi-Arabien gültige Islamauslegung berufen (die russischen Quellen sprechen hier auch von *Neo-Wahhabismus*);
2. diverse puristische, am »reinen Islam« orientierte (*salafitische*) Strömungen und Gruppierungen, unter denen der Wahhabismus der arabischen Halbinsel nur eine von mehreren Erscheinungsformen war;
3. islamischen Fundamentalismus und politisierten Islamismus im weitesten Sinne, was freilich der Analyse dieses Phänomens insofern nicht gerecht wird, als einige islamistische Gruppierungen wie die Moslembrüder oder die iranischen Fundamentalisten sich niemals dem Wahhabismus zuzählen lassen würden;
4. alle gewaltorientierten Erscheinungsformen islamischer Wiedergeburt im exsowjetischen Raum. In dieser Lesart hat der Terminus Wahhabit eine extrem pejorative Bedeutung angenommen, dem Schimpfwort *Faschist* in sowjetischer Zeit vergleichbar. Er wird besonders in bezug auf den Nordkaukasus als Synonym für *Terrorist* benutzt.

Dabei schwankt die russische Darstellung zwischen dem religiösen Fanatiker und dem bezahlten Söldner. Islamische Extremisten werden in gängigen Medien-

<sup>4</sup> Zitiert in: Aleksej Malašenko, *Islamskie orientiry Severnogo Kavkaza* [Die islamischen Orientierungspunkte des Nordkaukasus], Moskau: Moskauer Carnegie-Zentrum, 2001, S. 73.

darstellungen gerne als Rekruten eines »Dollar-Islam« (*dollarovyj islam*) präsentiert, als bezahlte Agenten externer Auftraggeber, als Gewaltakteure und Konfliktunternehmer im Gewand des Glaubenskämpfers. Demgegenüber warnt eine ausführlichere russische Studie davor, die religiöse Motivation außer acht zu lassen und für die als wahhabitisch bezeichneten Aktivitäten vorwiegend materielle und kriminelle Motive anzuführen. Sie präsentiert Wahhabismus als Inbegriff des religiösen Fanatismus.<sup>5</sup> Es gebe eine Inflation der Berichterstattung über Wahhabiten im post-sowjetischen Raum, aber kaum Analysen des Schrifttums, das von den so etikettierten Akteuren verbreitet wird. Dabei scheuten diese Akteure keine Kosten und Mühen, den russischsprachigen Leser mit ihren Ansichten bekannt zu machen, und griffen dabei auf die russische Übersetzung von Büchern und Broschüren zurück, die schon in Millionenaufgaben im Mittleren Osten, in Südosteuropa, Westeuropa und den USA verbreitet wurden. Anstelle der vielen Spekulationen über Wahhabismus in russischen Medien genüge ein Blick auf die zugänglichen Texte, um herauszufinden, was die als Wahhabiten etikettierten Akteure selbst für die rechte Lehre halten.

Das Hauptprinzip, das aus dem analysierten Schrifttum erkennbar wird, besteht in der Anpassung ausgewählter islamischer Dogmen und Begriffe an ein islamistisches Weltbild. Die untersuchten russischsprachigen Schriften antworten auf alle Fragen zu Postulaten des islamischen Glaubens mit autoritativen Quellenzitaten aus Koran und Sunna, wobei aber Passagen unterschlagen werden, die nicht ins eigene Weltbild passen. Solcher Manipulation werden vor allem die beiden Kernkonzepte unterzogen: das des *Unglaubens* (*kufir*) und das des *Dschihad*. Eine extrem rigide und äußerst enge Auslegung des Begriffs »Monothetismus« (*tawhid*) öffnet der Anfeindung von Ungläubigen ein weites Betätigungsfeld. Dabei lässt die islamistische Propaganda bewußt Interpretationen beiseite, die zum Beispiel kriegerische von anderen Formen der »Anstrengung« (*dschihad*) für den Islam

<sup>5</sup> Zitiert in: A. Ignatenko, Obyknovennyj vachchabizm, Čast' 1: Eretičeskoe tečenie v islame [Der gewöhnliche Wahhabismus, Teil 1: Eine häretische Strömung im Islam], <<http://www.russ.ru/politics/20010914-ign.html>>; Čast' 2: Osobennosti učenija »edinobožnikov« [Teil 2: Besonderheiten der Lehre der »Eingottgläubigen«], <<http://www.russ.ru/politics/20010917-ign.html>>; Čast' 3: Social'no-političeskie posledstvija rasprostraneniija vachchabizma v mire [Sozialpolitische Folgen der Verbreitung des Wahhabismus in der Welt], <<http://www.russ.ru/politics/20010919-ign.html>>.

unterscheiden und die nichtmilitante Spielart als den großen Dschihad herausheben. Zu den Ungläubigen gehören für die Wahhabiten vor allem Muslime, die den als blasphemisch denunzierten Volks- und Brauchtums-Islam mit seiner Heiligenverehrung und anderen Ritualen praktizieren, oder »Heuchler«, die ihren Unglauben durch islamische Lebensweise verdecken.

In russischen Quellen fällt der Widerspruch zwischen der Betonung der Expansion dieser puritanisch-fundamentalistischen Strömung einerseits und der Hervorhebung ihres minoritären, regionsfremden, sektenhaften Charakters andererseits auf. Das psychologische Grundsymptom der als »Wahhabiten« bezeichneten Personengruppen und Gruppen ist ihr autistischer Charakter, ihre Selbstwahrnehmung als gotterwählte Minderheit, die starke Identifikation mit der eigenen Gruppe und die Feindschaft gegen alle Außenstehenden, die zum religiösen Postulat wird. *Dschihad* als zentrales Dogma wird als haßerfüllter Kampf gegen alle dargestellt, die der eigenen Islamauslegung nicht folgen und ihrer Verbreitung im Wege stehen.

Russische Quellen unterscheiden drei Etappen einer globalen Expansion dieser Islamvariante: In den siebziger bis achtziger Jahren verbreitete sich der *Neo-Wahhabismus* über Saudi-Arabien hinaus in verschiedenen arabischen Ländern; in den achtziger Jahren wurde Afghanistan das Diffusionszentrum; in den neunziger Jahren drangen wahhabitische Bewegungen nach Südosteuropa, in westliche Länder und vor allem in den exsowjetischen Raum vor. Das hat für die betroffenen Gesellschaften Konsequenzen:

- ▶ die Spaltung der örtlichen muslimischen Glaubensgemeinschaft;
- ▶ die Schaffung aktiver Anti-System-Gruppen aus einem Teil der gespaltenen nationalen Glaubensgemeinschaft;
- ▶ die Integration der »wahhabitischen« Gruppen in ein weltweites Netz;
- ▶ die religiöse Rechtfertigung von Gewalt und Terrorismus.

Ein weiteres Schlagwort, das Islamisierungs- und Sezessionsängste schürt, lautet *Scharia*, Inbegriff islamischen Rechts. Islamische »Wiedergeburt« in Rußland hat auch die Frage aufgeworfen, wie sich eine zumindest partielle Einführung von Scharia-Normen in die Rechtsprechung muslimischer Föderationssubjekte mit der säkularen Verfassung der RF verträgt. Den politischen Hintergrund bildete der Diskurs über die Einheit Rußlands als Rechtsraum, die unter Präsident Putin besonders hervorgehoben und deren

Bewahrung gegenüber Föderationssubjekten in der islamischen Peripherie wie der Republik Inguschetien angemahnt wurde.<sup>6</sup>

Vorreiter bei der Etablierung der Scharia war das abtrünnige Tschetschenien, wo schon während des ersten Kriegs Scharia-Gerichte installiert wurden und im Sommer 1996 das Strafrecht nach dem Vorbild des Sudan gestaltet wurde. Die Einführung strafrechtlicher Normen der Scharia begründete das Sezessionsregime damit, daß nach dem Krieg Verbrechensbekämpfung besonders notwendig sei. Vor allem aber sollten mit diesem Schritt die Abtrennung von Rußland durch Verlassen seines Rechtsraums unterstrichen und die tschetschenische Unabhängigkeitsbehauptung islamisch untermauert werden. In russischen Fernsehkanälen wurde eine Videokassette mit Bildern öffentlicher Hinrichtungen in Grosny gezeigt. In Tschetschenien kam das islamisierte Strafrecht in der Folgezeit aber durchaus nicht konsequent zur Anwendung, und das Ziel, die Kriminalisierung des wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Lebens in der Republik einzudämmen, wurde erst recht nicht erreicht.

In der Nachbarrepublik Dagestan stellten seit 1997 Dutzende Gemeinden in den Siedlungsgebieten bestimmter Volksgruppen ihre Gerichtsbarkeit auf die Grundlage der Scharia. Drei dieser Gemeinden erklärten sich 1998 zu eigenständigen islamischen Rechtsterritorien und begründeten diesen Schritt nicht zuletzt mit der Korruption der Republikbehörden und Lokalverwaltungen, die insbesondere im Justiz- und Polizeiwesen notorisch war. Auch in Inguschetien fand eine Rückbesinnung auf islamische Rechtsnormen statt. Hier setzte der ehemalige Präsident Auschew die Bestimmungen des rußländischen Strafrechts zur Polygamie auf dem Republikterritorium außer Kraft, da sie lokalen Sitten widersprechen und demographische Probleme bereiten würden. In anderen Teilen des Nordkaukasus wurden Scharia-Gerichte an wiedereröffneten Moscheen eingerichtet. Sie befaßten sich zumeist mit kleineren Strafsachen und familienrechtlichen Angelegenheiten.

Dabei wurde die Scharia auf beiden Seiten – von Befürwortern und Gegnern – mythologisiert; ihren

<sup>6</sup> Einschlägig dazu Leonid *Sjukijajnen*, Najdetsja li šariatu mesto v rossijskoj pravovoj sisteme? [Findet sich ein Platz für Scharia im Rechtssystem Rußlands?], in: Islam na postsovetskom prostranstve: vzgljad iznutri [Islam im postsowjetischen Raum: Eine Betrachtung von innen], Moskau: Moskauer Carnegie-Zentrum, 2001, S. 15–44.

Befürwortern fehlte es indes ebenso wie ihren vehementen Gegnern an grundlegenden Kenntnissen des islamischen Rechts und der lokalen Rechtstraditionen.<sup>7</sup> Tschetschenien nahm mit dem sudanesischen Strafrecht einen Kodex an, der auf den Lehren einer dem Nordkaukasus fremden islamischen Rechtsschule basiert. Überhaupt entging den vorwiegend aus dem Nordkaukasus stammenden Befürwortern der Scharia, daß im vorsowjetischen Kaukasus die muslimischen Bergvölker ihre Rechtsangelegenheiten überwiegend nach ihrem Gewohnheitsrecht (*adat*) und nicht nach der Scharia geregelt hatten.

## Einfluß von außen

Die politische Elite Rußlands betrachtet den radikalen Islamismus als Bedrohung, die weitgehend und gezielt von außen in das Land hineingetragen wurde. Spätestens seit 1999 findet sich in russischen Quellen insbesondere die Unterstützung islamistischer Kräfte im Nordkaukasus durch internationale Netzwerke als zentrales Deutungsmuster des Tschetschenienkonflikts. In Medien und in Aussagen politischer Analysten wurde diese Verbindung zwischen radikalem Islamismus und ausländischer Unterwanderung mit dem Schlagwort vom neuen »Great Game« im kaspischen Raum in Zusammenhang gebracht.<sup>8</sup> In ihren Augen versuchen externe Mächte Rußland nicht nur aus dem kaspischen Raum und dem Südkaukasus zu verdrängen, sondern auch aus seinem eigenen staatlichen Hoheitsgebiet im Nordkaukasus: »Der Nordkaukasus ist nicht nur für die traditionellen strategischen Gegner der UdSSR und Rußlands in Gestalt westlicher Länder zu einem Objekt beständiger Aufmerksamkeit geworden, sondern auch für andere Akteure. Es ist eine Zone, an der internationale Terrororganisationen und die sie unterstützenden Kräfte im

<sup>7</sup> Vladimir *Bobrovnikov*, Mythologizing Sharia Courts in the Post-Soviet North Caucasus, in: ISIM (International Institute for the Study of Islam in the Modern World) Newsletter, Juni 2000, S. 25.

<sup>8</sup> Typisch dafür ist zum Beispiel eine Erklärung der russischen Staatsduma über die Situation in Dagestan vom September 1998: »Aufgrund seiner geopolitischen Lage, der geschwächten Position Rußlands im Nordkaukasus und der unregelmäßigen Lage in Tschetschenien wurde Dagestan zu einem Anziehungspunkt erhöhter Aufmerksamkeit verschiedener ausländischer Geheimdienste sowie von Ölmonopolen und extremistisch ausgerichteten religiösen Gruppen« (zitiert bei Ludmilla *Lobova*, Ethnopolitische Konflikte im Nordkaukasus, in: Orient, 43 [2002] 1, S. 59–77 [67]).

Ausland ein spezifisches Interesse haben, und eine Region, in der sich Potential für ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands angehäuft hat«. <sup>9</sup> Auch nach Aufnahme der Anti-Terrorismus-Kooperation Rußlands mit den USA und dem Westen nach dem 11. September ist die Propagierung dieses Bedrohungs-Mix aus westlicher Aggression gegen Rußland und islamistischer Unterwanderung nicht aus der politischen Publizistik verschwunden. <sup>10</sup>

Demgegenüber warnen Islamwissenschaftler und Regionalexperten in Rußland davor, hausgemachte Probleme, die den Nährboden für religiösen, ethnischen und politischen Extremismus bilden, nach außen zu projizieren. Eine Haupttriebfeder für diese Externalisierungstendenz ist die tiefe Frustration der russischen Führung über das politische und militärische Versagen im Tschetschenienkonflikt. Im Jahr 2002, vor dem Geiseldrama von Moskau, fand sie ihren deutlichsten Ausdruck in einer Darstellung, die Rußlands Mißerfolge auf dem tschetschenischen Kriegsschauplatz auf die Lage im georgischen Pankisi-Tal zurückführte, wo sich inmitten tschetschenischer Flüchtlinge verschiedene bewaffnete Formationen verschanzt hatten. Die unkontrollierten Zustände in dieser Zone wurde zum Hauptproblem Rußlands in Tschetschenien erklärt, während doch wohl eher die unregelmäßige Situation in Tschetschenien zu einem Destabilisierungsfaktor für die benachbarten Gebiete im Südkaukasus geworden war. Nach dem Moskauer Geiseldrama verknüpfte Moskau stärker als zuvor die These der islamistischen Aggression gegen Rußland

9 A. Gušer, *Kavkazskij uzel* [Der kaukasische Knoten], in: *Azija i Afrika segodnja*, (2000) 2, S. 2–6 (3).

10 Typisch sind in dieser Hinsicht folgende Darstellungen im Herbst 2002. Ein Artikel der *Nezavisimaja gazeta* vom 9.10.2002 macht zwei Hauptgründe für das Desaster im Nordkaukasus verantwortlich: Zum einen das Fehlen einer Strategie für die Entwicklung dieser Region in der russischen Politik. Zum anderen – und im wesentlich ausführlicheren Teil der Darstellung – »das Wirken machtvoller rußlandfeindlicher externer Kräfte und ihrer Geheimdienste«. Dabei werden als Hauptspieler die USA und die Türkei und in zweiter Linie eine Reihe anderer Staaten und Akteure genannt (Aserbaidschan, Georgien, Iran, arabische Golfstaaten und andere mittelöstliche Ölexporture). Ein Vertreter des Innenministeriums der Republik Inguschetien erklärt die islamistische Unterwanderung Rußlands folgendermaßen: »Die Verbreitung des Wahhabismus und anderer extremistischer Strömungen vollzieht sich häufig unter der Kontrolle der Geheimdienste nah- und mittelöstlicher Staaten, die sich wiederum in der Einflußsphäre westlicher Geheimdienste befinden.« (Ja. Chadziev, *Ostorožno: ekstremizm* [Vorsicht: Extremismus!], Serdalo [Nazran], 19.9.2002).

mit dem Szenario der globalen Bedrohung durch terroristische Netzwerke von der Art Al-Qaidas. So deklarierte beispielsweise Präsident Putin auf einer Pressekonferenz am Rande des EU–Rußland-Gipfels in Brüssel im November 2002 die militärischen Kontrahenten Moskaus im zweiten Tschetschenienkrieg als Agenten einer kalifatsorientierten Welteroberung.

Auch wenn diese Argumentation als Versuch betrachtet werden muß, den Tschetschenienkonflikt umzudeuten und das eigene militärische Vorgehen im Nordkaukasus internationaler Kritik zu entziehen, ist die These externer Einmischung in den Prozeß islamischer Wiedergeburt im postsowjetischen Raum gewiß nicht aus der Luft gegriffen. In allen postsowjetischen Gesellschaften und unter allen Glaubensgemeinschaften wurde der Prozeß religiöser Wiedergeburt vom Ausland aus mitbeeinflusst. Es gab eifrige Missionsbemühungen in verschiedenen Glaubensgemeinschaften Rußlands oder Kasachstans durch Missionare aus den USA, aus Südkorea und anderen Ländern. Darunter traten auch religiöse Fundamentalisten unterschiedlichster Denomination auf.

Die ausländische Missionierung für den Islam vollzog sich seit Anfang der neunziger Jahre auf der offiziellen Ebene unter anderem von Konferenzen, Institutsgründungen und Unterstützungsleistungen für den Bau von Moscheen. Die »vergessenen Muslime« der zerfallenen Sowjetunion traten in mannigfachen Kontakt mit religiösen Führern der islamischen Welt. Noch an der Konferenz »Die Rolle des Islam bei der religiösen Wiedergeburt Rußlands« im Juni 1999 in Moskau beteiligten sich Delegationen aus Saudi-Arabien, Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Libyen, Algerien, Syrien, Sudan und anderen islamischen Ländern, obwohl zu diesem Zeitpunkt längst Mißtrauen gegen ausländische islamische Einflüsse aufgekommen war. Ähnliche Veranstaltungen mit Beteiligung ausländischer Delegationen waren in den zurückliegenden Jahren auf der Ebene der muslimischen Teilrepubliken und Regionen der RF abgehalten worden. Insbesondere Saudi-Arabien und die Golfmonarchien waren an der Eröffnung islamischer Institutionen in Rußland beteiligt. An der saudischen Botschaft in Moskau wurde eine islamische Abteilung eröffnet, die sich um die Koordination der Aktivitäten ausländischer islamischer Organisationen in Rußland kümmern sollte. <sup>11</sup>

11 Konstantin Poljakov, *Vlijanie vnešnego faktora na radikalizaciju islama v Rossi v 90-e gody XX.v.* [Der Einfluß des externen Faktors auf die Radikalisierung des Islam in Rußland in

Einfluß wurde hauptsächlich durch die Entsendung junger Muslime aus Rußland an religiöse Bildungsstätten im islamischen Ausland oder im Wege ihrer Ausbildung im Inland durch ausländische Lehrkräfte genommen. Die Absolventen wurden zu Konkurrenten einer älteren Generation offizieller Geistlicher, die noch den sowjetischen Islam repräsentierten. 1999 waren in Rußland etwa 110 islamische Lehranstalten registriert, an denen arabische Sprache und religiöse Fächer von Lehrpersonal aus Ägypten, Syrien, Jordanien und anderen Ländern unterrichtet wurden.<sup>12</sup> Das größere Problem erwuchs Rußland und einigen muslimischen GUS-Staaten aus dem Studium der eigenen Staatsbürger an religiösen Lehranstalten des islamischen Auslands. Bald klagten besonders im Nordkaukasus die älteren Imame über den Radikalismus der jungen Geistlichen, die von einem Auslandsstudium in ihre Heimat zurückgekehrt waren. Auf der erwähnten Moskauer Konferenz von 1999 warnte Scheich Rawil Gainutdin: »In einigen Jahren könnte sich der Islam in Rußland in den Händen von Absolventen ausländischer islamischer Lehranstalten befinden. Gerade diese Leute werden zu Predigern, Theoretikern und Praktikern eines radikalen Islam und werden diesen über das ganze Land verbreiten.«<sup>13</sup> Der Rektor der Moskauer Islamischen Universität schildert den Austauschprozeß zwischen inländischen und ausländischen »Islamern« nach der Liberalisierung sowjetischer Religionspolitik:

»Damals verspürte die muslimische Umma in Rußland einen akuten Bedarf an gebildeten Imamen und Lehrkräften mit fundierten Kenntnissen in islamischer Lehre und Scharia. Man hatte das große Bildungserbe, das die Vorväter angesammelt haben, in sowjetischer Zeit verkümmern lassen. Junge Muslime aus dem gesamten exsowjetischen Raum gingen zum islamischen Studium ins Ausland. Ausländer kamen nach Rußland, suchten Schüler im Alter zwischen 12 und 18 Jahren aus und versprachen deren Familien das Paradies. Niemand verschwendete einen Gedanken daran, was die so Angeworbenen unter welchen Umständen lernen und mit welchem Gedankengut sie wieder nach Hause kommen würden. Tausenden junger Männer wurde so eine Ideologie eingepflegt, die absolut nichts mit den historischen Traditionen friedvoller Koexistenz ethnischer Gruppen und

Religionen in Rußland zu tun hat. Andererseits strömten Tausende von Predigern und Lehrern in Rußland ein – ausgestattet mit gefährlichen Ideen und viel Geld, wobei letzteres noch wichtiger war. Sie wußten weitverbreitete religiöse Ignoranz in diesem Land und die Passivität der muslimischen Geistlichkeit geschickt auszunutzen. Die Ideen eines »reinen Islam« wurden von jungen Leuten, die naturgemäß einem Maximalismus und Rigorismus zuneigen, mit Begeisterung angenommen.«<sup>14</sup> Das von der sowjetischen Atheismus-Politik hinterlassene religiöse Vakuum sei mit vulgär-religiösen Ideen gefüllt worden. Rußland bedürfe mithin einer gewaltigen Anstrengung religiöser Aufklärung. Und die soll natürlich der offiziellen Geistlichkeit anvertraut werden, mit den dazugehörigen Ressourcen.

Russische Kommentare weisen darauf hin, daß die Unterstützung von Muslimen in nichtislamischen Staaten wie Rußland zur außenpolitischen Agenda einiger islamischer Länder geworden ist. An erster Stelle werden die Golfmonarchien und Saudi-Arabien genannt, nicht aber die Islamische Republik Iran, von der religiös-ideologische Einflußnahme auf post-sowjetische Gesellschaften nach dem Zerfall der Sowjetunion erwartet worden war. Die Herausforderung der betreffenden Regierungen durch islamistische Opposition im eigenen Land wird dabei als Hauptmotiv für den Export von Islamismus hervorgehoben. Exportiert werde bevorzugt in die krisenhaften Peripherien der islamischen Welt und in Regionen, in denen muslimische Gemeinden in Berührung mit anderen Glaubensgemeinschaften stehen. Allerdings wird die islamistische Mission nicht als geschlossene Front wahrgenommen. Vielmehr werden ideologische Widersprüche und Konkurrenzverhältnisse zwischen den einflußnehmenden Organisationen festgestellt.

## Terrorismus

Schon vor der weltpolitischen Zäsur des 11. September 2001 stellte sich Rußland als ein Land dar, das vom Terrorismus und vor allem von seiner islamistischen Variante in besonderem Maße bedroht wird. In Anspielung an Bombenanschläge im Inneren Rußlands

den neunziger Jahren], in: *Islam na postsovetskom prostranstve* [wie Fn. 6], S. 265–309.

<sup>12</sup> Ebd., S. 273.

<sup>13</sup> Zitiert ebd., S. 274.

<sup>14</sup> Marat Murtazin, *Muslims and Russia: War or Peace?*, in: *Central Asia and the Caucasus* (Center for Social and Political Studies; Lule, Sweden), (2000) 1, <[http://www.ca-c.org/journal/eng01\\_2000/17.murtazin.shtml](http://www.ca-c.org/journal/eng01_2000/17.murtazin.shtml)>.

malte Präsident Putin schon im November 1999 für die USA folgendes Szenario aus: »Einwohner New Yorks oder Washingtons werden von Terroranschlägen im Schlaf überrascht. Hunderte Menschen kommen bei einem Bombenanschlag auf das Watergate oder einen Wohnkomplex in Manhattan's West Side ums Leben. Panik ergreift die Nachbarschaft, dann die ganze Nation«. Ein solches Szenario habe Rußland bereits erlebt, mit mehr als 300 Toten.<sup>15</sup>

1996 hatte Präsident Jelzin an dem ersten internationalen Anti-Terrorismus-Gipfel im ägyptischen Scharm-el-Scheich teilgenommen. Zu diesem Zeitpunkt war Terrorismus noch nicht das beherrschende Thema in russischen Medien, obwohl man im Zusammenhang mit dem ersten Tschetschenienkrieg bereits spektakuläre Geiselnahmen mit Hunderten Opfern erlebt hatte. Bewaffnete Konfliktgegner im Kaukasus wurden eher mit dem traditionellen Begriff als »Banditen« bezeichnet, mit dem russische Autoren von Puschkin bis Putin seit Beginn der kolonialen Expansion in diese Region die Widerspenstigkeit von Bergvölkern gegen die Oberherrschaft Rußlands etikettierten. Die Talibanherrschaft in Afghanistan, die sich zuspitzende Konfrontation zwischen den USA und Osama bin Laden seit 1998, Terrorismusvorfälle in Usbekistan und militante Aktionen islamistischer Formationen im Fergana-Tal, schließlich die Aktionen dagestanischer und tschetschenischer Islamisten in Dagestan im August 1999 verstärkten in Rußland die Perzeption eines *eurasischen* Krisenbogens, charakterisiert durch Terrorismus und Islamismus und eine internationale Aggression radikaler Islamisten, die sich gegen den Westen und Rußland gleichermaßen richtet.

Die Außenminister Primakow und Iwanow wiesen auf ein von Afghanistan, Tschetschenien und dem Balkan markiertes Terrorismus-Islamismus-Dreieck hin, zogen eine Verbindungslinie zwischen albanischen Insurgenten im Kosovo, tschetschenischen Rebellen und Dschihad-Drehscheiben in Afghanistan. Eine Brücke in diesem Konzept war die angebliche Verbindung tschetschenischer Rebellen zu Taliban und Al-Qaida, der gegenseitige Beistand zwischen Mudschahedin in Tschetschenien und Afghanistan.<sup>16</sup>

<sup>15</sup> New York Times, 14.11.1999.

<sup>16</sup> Laut russischen Quellen trat bereits im April 1994, noch vor dem ersten Tschetschenienkrieg, eine Delegation unter Schamil Bassajew in Afghanistan mit dem Warlord Hekmatjar in Verbindung und knüpfte Kontakte zum pakistanischen Geheimdienst ISI. Anschließend sollen rund hundert Tschetschenen in Lagern bei Chost in Afghanistan und

Ein FSB-Vertreter trieb diese Behauptung im Jahr 2001 auf die Spitze: Danach bestanden die Rebellentruppen, mit denen sich die russische Armee in Tschetschenien auseinandersetzte, zu zwei Dritteln aus Arabern und ausländischen Söldnern.<sup>17</sup> Umgekehrt sollten Hunderte Tschetschenen an der Seite der Taliban gekämpft haben – eine Behauptung, die nach dem 11. September jedoch entkräftet wurde: Auf den Gefangenenlisten von Guantánamo finden sich als Mitkämpfer von Taliban und Al-Qaida acht Staatsbürger Rußlands verschiedener ethnischer Herkunft, unter ihnen nicht ein einziger Tschetschene.

Sicherheitspolitische Konsequenzen zog Moskau aus der Perzeption eines eurasischen Krisenbogens, fußend auf Terrorismus und Islamismus, vor allem in der Kooperation mit den noch verbliebenen sechs Mitgliedern des GUS-Sicherheitsvertrags und mit China. Terrorismusbekämpfung wurde zu einem Hauptthema in der Schanghaiorganisation, die im Juli 2001 eine »Konvention über den Kampf gegen Terrorismus, Separatismus und Extremismus« abschloß.<sup>18</sup> Für diese Bedrohungstriade machen Moskau und Peking überwiegend muslimische Akteure verantwortlich.

Nach dem 11. September 2001 wurde Rußland zu einem Hauptpartner der USA in der globalen Anti-Terror-Allianz. Dafür erwartete Moskau die Beendigung der – ohnehin eher verhaltenen – westlichen Kritik am Krieg in Tschetschenien, die es nun verstärkt als *den* russischen Beitrag zur weltweiten Terrorismusbekämpfung deklarierte. Ein in dieser Hinsicht typischer Kommentar: »Nach dem 11. September hat die Welt begriffen, daß eine Politik des doppelten Standards nicht mehr statthaft ist und daß man ein Übel wie den internationalen Terrorismus nur mit vereinten Kräften bekämpfen kann. Bis dahin stand Rußland allein im Kampf gegen Vorhaben ausländischer extremistischer Zentren, die in der einen oder anderen Weise mit Bin Laden zusammengearbeitet haben.«<sup>19</sup> Die Anti-Terror-Kooperation mit Rußland wurde Ende 2002 auf Nato-Ebene gewürdigt: Man wolle, so hieß es bei einem Besuch des Nato-General-

Markaz-i-Dawar in Pakistan militärisch ausgebildet worden sein. Vom ISI zusammengestellte gemischte Brigaden aus tschetschenischen, afghanischen und pakistanischen Mudschahedin sollen bereits zu Beginn des ersten Kriegs bei der Verteidigung Grosnys zum Einsatz gelangt sein.

<sup>17</sup> MID Daily News Bulletin, 24.9.2001.

<sup>18</sup> Text auf Russisch: Diplomatičeskij vestnik, (2002) 3, S. 51–54.

<sup>19</sup> Vadim Il'in in: Nezavisimaja gazeta, 9.4.2002.

sekretärs Robertson in Moskau am 9. Dezember 2002, in Zukunft noch enger im Kampf gegen Terrorismus zusammenarbeiten.<sup>20</sup> Auch der Tschetschenienkrieg kam zur Sprache, der wenige Wochen zuvor durch die Geiselnahme in Moskau (mit 129 Todesopfern auf der Seite der Geiseln und 41 hingerichteten Geiselnehmern) weltweit in Erinnerung gebracht worden war. Damit wurde das Tschetschenienproblem in genau den Horizont gerückt, auf den die russische Strategie zur Legitimation der verheerenden Kriegsmaßnahmen im Nordkaukasus beharrlich verweist. Der russische Verteidigungsminister Iwanow knüpfte hier an: Rußland habe im Laufe von acht Jahren (das heißt seit Beginn des ersten Kriegs) »seinen Kampf mit den Helfershelfern des internationalen Terrorismus geführt, die sich im Nordkaukasus verschanzt haben. Wir haben daher Erfahrungen, die wir mit unseren Partnern teilen können«.<sup>21</sup>

Gegenüber Washington wies Moskau seit Anfang 2003 auf die Tatsache hin, daß sich von den 19 Attentätern und Flugzeugentführern des 11. September 5 vorübergehend in Militärlagern in Tschetschenien aufgehalten hätten. Nachdrücklicher als zuvor machte es auf den Aufenthalt und die Ausbildung terroristischer, darunter vor allem tschetschenischer und arabischer Gruppen im Pankisi-Tal aufmerksam, was zu diesem Zeitpunkt auch die georgischen Sicherheitsbehörden nicht mehr bestritten.<sup>22</sup> Mit solchen Hinweisen zielte Moskau auf die Aufnahme tschetschenischer Untergrundkämpfer in die von Washington geführte Liste ausländischer Terrororganisationen.<sup>23</sup> Im diplomatischen Umfeld der Irakkrise näherten sich die USA an die russische Darstellung des Anti-Terror-Kampfs in Tschetschenien noch deutlicher an, als sie es nach dem 11. September 2001 ohnehin getan hatten. In seinem Bericht vor dem UN-Sicherheitsrat am 5. Februar 2003 brachte US-Außenminister Powell Irak mit Al-Qaida, Tschetschenien, Pankisi und einem erst kürzlich verhinderten Giftanschlag in London in Zusammenhang, in den Akteure verstrickt waren, die in Tschetschenien, Georgien und Afghanistan ihre terroristische Ausbildung erhalten haben sollen. Und der russische Außenminister Iwanow legte auf der Sicherheitskonferenz in München am 8. Februar 2003

nach: Es sei allgemein bekannt, daß weltweit operierende Chemie-Terroristen im Pankisi-Tal trainiert würden. In Tschetschenien agierten Terroristen aus etwa 40 Staaten mit Verbindungen zum internationalen Terror-Netzwerk einschließlich der Organisation Al-Qaida. Auch Geheimdienste anderer europäischer Länder, zum Beispiel Stellen in Prag, unterstützten diese Darstellung: Terroristen unterschiedlicher Nationalität, die sich vorübergehend in Tschetschenien und/oder im Pankisi-Tal aufgehalten haben, sollen sich mit gefälschten Pässen auf dem Weg nach Großbritannien, Deutschland, Tschechien und Frankreich befinden.<sup>24</sup>

Am 28. Februar 2003 nannte das State Department drei tschetschenische Organisationen, die es auf die Liste transnationaler Terrorgruppen gesetzt hatte: Islamische Internationale Brigade, Islamisches Regiment für Spezialaufgaben und Bataillon Riyad-us-Salih. Keine dieser Gruppierungen, über deren Identität zunächst gerätselt wurde, verfügt über ausländische Strukturen oder Bankguthaben, die blockiert werden könnten. Die Bezeichnung »Organisation«, angewendet auf Gefolgschaften tschetschenischer Kriegsherren, ist mißverständlich. Der Moskauer Politologe Piontkowskij bezeichnete Washingtons Listenerweiterung als »Teil eines Handels, der seit sechs Monaten im Gange ist« und mit der Irakkrise zu tun habe. Die drei genannten Gruppierungen werden dem radikal-islamistischen Flügel der Rebellen, vor allem dem Feldkommandeur Schamil Bassajew, zugeordnet, nicht dem von Maschadow repräsentierten Lager der Separatisten. Der Sprecher des State Department, Richard Boucher, betonte, daß mit der Aufnahme dieser drei Namen in die Terroristenliste keine generelle Qualifizierung der bewaffneten Widerstandskräfte Tschetscheniens als Terroristen verbunden sei. Bemerkenswerterweise legte auch die russische Staatsanwaltschaft im Februar 2003 eine aktualisierte Liste der gefährlichsten Terrorgruppen vor, auf der ebenfalls keine mit Maschadow in Verbindung zu bringende Organisation erfaßt ist. Unter 15 Namen wie Al-Qaida und Taliban, der saudischen Al-Haramein und der libanesischen Asbat-al-Ansar finden sich lediglich tschetschenische Formationen wie der Oberste Kriegsrat der Vereinigten Streitkräfte der Mudschahedin des Kaukasus und der 1998 von Bassajew, Mowladi Udugow und anderen Islamisten Tschetscheniens und Dagestans gegründete Kongreß der Völker Itschkerijas und Dagestans. Sollte die Tat-

<sup>20</sup> Zitiert in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 10.12.2002.

<sup>21</sup> Zitiert ebd.

<sup>22</sup> Security Ministry Unveils Classified Details on Pankisi, in: Civil Georgia On-Line Magazine, 30.1.2003.

<sup>23</sup> Chechen Groups to Join Terror List, in: Financial Times, 31.1.2003.

<sup>24</sup> Monitor Osteuropa, 3.2.2003, S. 1.



sache, daß die Untergrundregierung des 1997 gewählten Präsidenten Maschadow in der Terroristenliste ausgespart ist, ein erster Ansatz zur Unterscheidung zwischen Separatisten und Terroristen sein?<sup>25</sup>

Bis dahin hatte Rußland Wert auf die Gleichsetzung beider Begriffe gelegt. Kritik an seiner Militäroperation in Tschetschenien, die Menschenrechtsverletzungen und Terror gegen Zivilbevölkerung einschließt, wies Moskau nach dem Geiseldrama vom Oktober 2002 noch kategorischer zurück als zuvor – als Inkonsequenz im weltweiten Kampf gegen Terrorismus und als Heuchelei. Der russische Delegationsleiter in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, Dmitrij Rogosin, erregte Aufsehen mit seiner Äußerung, Rußland hätte doch besser nicht dem Europarat beitreten sollen, da es dort wegen Tschetschenien wie ein Schuljunge gemäßregelt werde, obgleich es doch in Wirklichkeit Europa vor Terrorismus und Extremismus schütze.<sup>26</sup> Nach dem Geiseldrama richtete Rußland seine Außenpolitik noch stärker an dem Kriterium aus, wie sich Regierung und Öffentlichkeit eines Landes gegenüber der russischen »Anti-Terrorismus-Operation« im Nordkaukasus verhielten. Dänemark, Norwegen, Tschechien, Polen, Litauen, die Türkei und eine Reihe anderer Staaten bekamen dies zu spüren, ganz zu schweigen von Georgien, das vorher schon wegen unkooperativer Haltung gegenüber dem russischen Vorgehen im Nordkaukasus unter militärischen und politischen Druck gesetzt worden war.

Tatsächlich wiesen die meisten Terrorakte, die innerhalb Rußlands in den letzten Jahren begangen wurden und denen Hunderte Menschen zum Opfer fielen, einen Bezug zum Nordkaukasus und zu den beiden Kriegen in Tschetschenien auf. Laut Angaben des stellvertretenden Generalstaatsanwalts Fridiuskij werden 90 Prozent aller Terrorakte auf dem Territorium Rußlands in Tschetschenien und den angrenzenden Regionen und Republiken vorbereitet. Schlüsselereignisse, die zur Gleichsetzung von Terrorismus, Islamismus und Nordkaukasus führten, waren im Jahr 1999 der Überfall islamistischer Formationen aus Tschetschenien auf die Nachbarrepublik Dagestan unter dem Kommando Schamil Bassajews und Emir Chattabs und die Bombenanschläge auf Wohnhäuser in Moskau und in anderen Städten Rußlands. Besonders diese Anschläge erzeugten in der russischen Öffentlichkeit den Eindruck einer Allgegenwart

<sup>25</sup> Andrej Kamakin, in: Itogi, 11.2.2003.

<sup>26</sup> Zitiert in: FAZ, 25.7.2002.

von Terrorismus, verschärften traditionelle anti-kaukasische Ressentiments und bereiteten den Boden dafür, daß sich der zweite Tschetschenienkrieg in der öffentlichen russischen Meinung anfangs wesentlich besser darstellte als der erste. Die russischen Sicherheitsdienste und Medien bezichtigten tschetschenische Terroristen dieser fürchterlichen Anschläge, blieben aber bis heute stichhaltige Beweise schuldig.<sup>27</sup> Immer noch kursieren die unterschiedlichsten Gerüchte über die Urheberschaft der Bombenanschläge. Nicht einmal die Geheimdienste sind ausgenommen.<sup>28</sup> Auch die »tschetschenische Invasion« in Dagestan bleibt umstritten. Zumindest war der Aufstand islamistischer Kräfte in einigen Siedlungen der Nachbarrepublik mit internen Machtkämpfen in Dagestan selber verbunden, in die sich Akteure aus Tschetschenien lediglich einmischten. Dabei wird nicht ausgeschlossen, daß sie in dieses Unternehmen gelockt wurden, um den ausschlaggebenden Grund für eine erneute, aber zuvor schon geplante Militäraktion gegen Tschetschenien zu liefern.<sup>29</sup>

Fortan diente Rußland die stereotype Bezeichnung seiner militärischen Kontrahenten in der Kaukasusrepublik als »tschetschenische Terroristen« dazu, die durch die Militärintervention gestürzte, aber schon

<sup>27</sup> Bis Mitte 2002 wurden fünf Verdächtige präsentiert – darunter kein einziger Tschetschene. Mitte August 2002 teilte der Leiter der zuständigen Untersuchungsabteilung des FSB mit, die Verhaftung der Haupturheber der Bombenattentate stehe kurz bevor. Ein in Georgien verhafteter russischer Staatsbürger aus Karatschai-Tscherkessien, ein gewisser Adam Dekkujew, habe den Ermittlern ein klares Bild von der Organisation der Attentate geliefert. Hauptdrahtzieher seien zwei Kommandanten der tschetschenischen Guerilla gewesen, darunter Emir Chattab.

<sup>28</sup> So gab der vom FSB desertierte Aleksander Litwinenko Hinweise darauf, daß der Geheimdienst an Sprengungen an Hochhäusern in Moskau, Rostow und Rjasan beteiligt gewesen sein könnte, um den entscheidenden Vorwand für erneute Militärmaßnahmen gegen Tschetschenien zu liefern. In einer Duma-Sitzung am 13. September 1999 soll der Parlamentsvorsitzende Selesnjow die Sprengung eines Hauses in Rostow am Don erwähnt haben, die erst am Tag darauf erfolgte. Der Tagesspiegel, 27.1.2003.

<sup>29</sup> »A number of Russian political actors and analysts remain skeptical of the official version. The role played by Russian military and security services in the episode has been a subject of speculation in Russia ever since, amidst allegations that highly-placed figures in the Yeltsin administration, security services, and military intelligence with a long history of ties to Basayev were involved in financing and facilitating the operation.« (Gail W. Lapidus, *Putin's War on Terrorism: Lessons from Chechnya*, in: *Post-Soviet Affairs*, 18 [2002] 1, S. 41–48 [44]).

vorher machtlos gewordene Regierung Maschadows zu delegitimieren. Mit dem Terroristen-Etikett wurden nun unterschiedslos diverse Fraktionen tschetschenischer Untergrundkämpfer abgestempelt. In dem Bemühen, die Militäraktion in Tschetschenien als ganz normales Vorgehen gegen Terroristen darzustellen, scheuten russische Kommentare auch nicht vor dem Vergleich mit westeuropäischen Staaten zurück. So behauptete Sergej Karaganow, der Vorsitzende des Rats für Außen- und Sicherheitspolitik und Leiter des Moskauer Europa-Instituts, in der *Washington Post* im Sommer 2001: »Die Länder der EU kennen tschetschenienartige Situationen. Man denke an Nordirland oder das Baskenland.«<sup>30</sup>

Der Vergleich ist absurd: Im Falle Nordirlands sind seit 1972 3000 Menschen infolge von »counter terrorist operations« zu Tode gekommen, im Falle Spaniens etwa 800. Dagegen kosteten die beiden Militärkampagnen Moskaus in Tschetschenien (vor dem ersten Krieg etwa eine Million Einwohner) weit mehr als hunderttausend Zivilisten das Leben und vertrieben Hunderttausende Menschen aus ihrer Heimat. Dabei kamen Waffen und Waffengattungen (schwere Artillerie, Aerosol- und Vakuumbomben, große Flammenwerfersysteme u.a.) zum Einsatz, von denen zielgerichtete Gewalt nicht zu erwarten war. Die russischen Militärs legten die Hauptstadt Grosny in Schutt und Asche und übten nach der angeblichen Beendigung der Kriegsphase mit sogenannten Säuberungen und Sonderaktionen mörderischen Druck auf die Zivilbevölkerung aus. Indem Moskau seine bewaffneten Kontrahenten als »tschetschenische Terroristen« bezeichnet, läßt es die von der Ausrichtung auf Kombattanten bzw. Zivilisten bestimmte Unterscheidung zwischen der Gewaltanwendung von Rebellen und bloßem Terrorismus fallen. Obwohl die tschetschenischen Kriegsherren terroristische Gewaltbereitschaft zeigen und kriminelle Aktivitäten begehen, stellt sich die Frage, auf welcher Seite die für Terrorismus charakteristische Ausrichtung auf Gewalt gegen Zivilisten deutlicher hervortritt: bei den bewaffneten Rebellen oder bei den föderalen Streitkräften, denen willkürliche Verhaftungen, Entführungen, Folter, Vergewaltigung, Mord und Plünderung vorgeworfen wurden? Rußlands westliche Partner haben nicht deutlich genug klargestellt, daß die Infiltration Tschetscheniens durch diverse terroristische Akteure noch längst nicht zur pauschalen Gleichsetzung des tschetschenischen Widerstands mit dem internationalen Terro-

rismus berechtigt. Beide Phänomene sind insofern grundverschieden, als der russisch-tschetschenische Konflikt im Unterschied zu letzterem weder neu noch global ist. Bin Ladens Terrorismus liegt eine abstrakte transnationale Gewaltideologie zugrunde, während die tschetschenischen Untergrundkämpfer sich überwiegend gegen einen konkreten Gegner richten, dem sie die militärische Okkupation und Vernichtung ihres Landes vorwerfen.

Die in der Hölle lebende Zivilbevölkerung in Tschetschenien verflucht die Gewalt auf beiden Seiten, fürchtet aber in erster Linie die sogenannten Säuberungen. Die überwiegende Mehrheit der Muslime Rußlands verurteilt die von beiden Seiten angekurbelte Gewaltspirale im Tschetschenienkonflikt, weil sie selber von ihr zunehmend in Mitleidenschaft gezogen wird. Nach dem Geiseldrama von Moskau wuchs die Islamophobie in Rußland, erhöhte sich besonders für Migranten aus dem Süden die Gefahr, zum Opfer von Repressalien durch russische Sicherheitskräfte und zur Zielscheibe rassistischer Gewalt zu werden. Im Kaukasus und in Zentralasien äußerten sich die Medien, aber auch Regierungsstellen besorgt über die zu erwartende Verschärfung des antikaukasischen und antimuslimischen Affekts in der russischen Öffentlichkeit. Schon zuvor hatten sich entsprechende Übergriffe gehäuft. In sechs Monaten waren zum Beispiel Dutzende Tadschiken bei Angriffen russischer Skinheads ums Leben gekommen.<sup>31</sup> Nun begannen die russischen Behörden mit der Ausweisung illegaler Migranten. In einer ersten Aktion wurden 117 Tadschiken in ihre Heimat deportiert.<sup>32</sup>

Doch auch die in Rußland einheimischen Muslime gerieten nach dem Terrorakt unter Druck. Immer häufiger wird die Gleichsetzung von Islam mit Terrorismus beklagt, werden Moscheen nach Waffen durchsucht und islamische Bildungsanstalten von der Polizei inspiziert. So berichtet der Imam einer kleinen Moschee in Zvenigorod in der Nähe Moskaus, FSB-Beamte hätten wiederholt von ihm Auskunft darüber verlangt, ob er Waffen verstecke oder in der aus zwei spartanisch eingerichteten Räumen bestehenden Moschee Terrorismus predige.<sup>33</sup> Islamophobie hat

<sup>31</sup> Central Asia Fears Hostage Backlash (Reporting Central Asia [RCA], Nr. 157, 1.11.2002; <<http://www.iwpr.net>>). Siehe auch: Migrant Tajiks Face Racist Violence (RCA, Nr. 136, 9.8.2002 <[http://www.iwpr.net/index.pl?archive/rca/rca\\_200208\\_136\\_1\\_eng.txt](http://www.iwpr.net/index.pl?archive/rca/rca_200208_136_1_eng.txt)>).

<sup>32</sup> <<http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/2508077.stm>>.

<sup>33</sup> Susan B. Glasser, Russia's Muslims Become Targets, in: *Washington Post*, 23.12.2002, <<http://washingtonpost.com/>>

<sup>30</sup> *Washington Post*, 28.7.2001; zitiert von *Lapidus*, ebd., S. 44.

dabei verschiedene Ausdrucksformen angenommen – von der Gewalt von Skinheads gegen Kaukasier und Muslime bis zu der Praxis einiger Zeitungen, Bilder lokaler Islamführer neben dem Foto von Osama bin Laden zu veröffentlichen.

Wie stellte sich der muslimische Bevölkerungsteil Rußlands zu der Entwicklung nach dem 11. September 2001, vor allem zu der russisch-amerikanischen Kooperation im Rahmen des *war on terrorism*? Während die US-Militärintervention in Afghanistan Massenproteste in Pakistan, Indonesien und anderen Teilen der islamischen Welt hervorrief, berichteten die russischen Medien kaum von negativen Reaktionen in der Öffentlichkeit Rußlands. Die nationalistische Zeitschrift *Zavtra* beklagte sich über eine »Verschwörung des Schweigens« und berichtete von einer Protestveranstaltung, die von Nationalisten, Linken und Muslimen am 2. November 2001 in Moskau organisiert und von einer der schillerndsten Figuren des Islamismus in Rußland, Haidar Dschemal, eröffnet wurde.<sup>34</sup> An ihr nahmen auch zwei Vertreter der offiziellen Geistlichkeit, der Mufti des asiatischen Teils Rußlands und sein Orenburger Amtskollege teil.

Eine deutliche Trennlinie verlief zwischen den Reaktionen der offiziellen Geistlichkeit, die den Terrorismus mit großem Nachdruck verurteilte, und jenen einiger islamischer Aktivisten, die keine offiziellen Ämter bekleiden. Eine erste Reaktion nach Putins deutlichem Bekenntnis zur Anti-Terror-Koalition kam am 12. September 2001 vom Mufti Dagestans und war völlig konform mit der Haltung Moskaus. Sie hob den absoluten Widerspruch zwischen Terrorismus und jeglichen religiösen Werten hervor.<sup>35</sup> Die beiden rivalisierenden obersten Repräsentanten des Islam in Rußland, Tadschuddin und Gainutdin, verurteilten den Terrorakt einmütig. Ihrem Urteil schlossen sich die meisten Führer der Geistlichen Verwaltungen auf regionaler Ebene an. Unter den bedeutenderen regionalen Muftis wich nur einer in krasser Weise von dieser Linie ab, der Vorsitzende der Geistlichen Verwaltung der Muslime des asiatischen Rußland, Nafigullah Aschirow. Er nannte auf einer Pressekonferenz das militärische Vorgehen gegen Al-Qaida und Taliban einen »Kreuzzug gegen den Islam«.<sup>36</sup> Dafür

wurde er fortan in der russischen Presse als »Komplize des Terrorismus« behandelt.<sup>37</sup>

Stärker in antiwestliche Richtung ging die Argumentation politischer Islam-Aktivistinnen außerhalb der Muftiate. Eine der sichtbarsten Figuren in diesem Spektrum ist Abdul Wahid Nijasow, Duma-Abgeordneter und einer der Führer einer *Eurasischen Partei*, die russische und muslimische Mitglieder vereint. Er sprach von »barbarischen Aktionen der USA« und verurteilte die Haltung der Regierung und der russischen Medien. Einige russische Kommentatoren wie der Herausgeber des Religionsanhangs der *Nezavisimaja gazeta*, Maksim Schewtschenko, äußerten Sympathie mit dieser Position. Schewtschenko bezeichnete den politischen Islam als die einzige Kraft, die nach dem Scheitern des Marxismus der Globalisierung westlicher Werte Widerstand leisten könne.<sup>38</sup> Außerhalb dieses begrenzten Spektrums aus russischen Nationalisten und islamischen Aktivisten hatten die meisten Bürger Rußlands, welcher Konfession auch immer, keine Schwierigkeiten damit, die Kooperation im Kampf gegen weltweiten Terrorismus zu akzeptieren.

[wp-dyn/articles/A27146-2002Dec22.html](http://wp-dyn/articles/A27146-2002Dec22.html).

<sup>34</sup> *Zavtra*, 16.11.2001.

<sup>35</sup> Mikhail *Roshchin*, Rhetoric Clouds »War on Terrorism«, in: *Eurasia Insight*, 19.12.2001, <<http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/pp121901a.shtml>>.

<sup>36</sup> Ebd.

<sup>37</sup> Zitiert in: *Glasser*, Russia's Muslims Become Targets [wie Fn. 33].

<sup>38</sup> Zitiert von *Roshchin*, Rhetoric Clouds [wie Fn. 35].

# Muslimen und Islam im Bevölkerungs- und Religionsgefüge Rußlands

## Die muslimische Bevölkerung Rußlands

In Rußland gab es wie im gesamten Raum der zerfallenen Sowjetunion diverse religiöse »Wiedergeburten« – im Bereich traditioneller Religionen des Landes wie der ROK, des Islam und des Buddhismus, aber auch im Bereich nichttraditioneller, teilweise sektenhafter Denominationen. Es ist allerdings die Frage, inwieweit sich solche Wiedergeburt in verstärkten religiösen Aktivitäten manifestiert oder eher in unverbindlichen Verweisen auf die Bedeutung von Religion, unter anderem ihre nationale Bedeutung. Eine Umfrage des Allrussischen Zentrums für Meinungsforschung (VCIOM) zeigt, daß sich nur noch 37 Prozent der befragten Bürger Rußlands als nicht religiös bezeichnen. War ihr Anteil in sowjetischer Zeit noch wesentlich höher gewesen, lag er vor fünf Jahren immerhin noch bei 53 Prozent.<sup>39</sup> Andere demoskopische Studien ergaben aber, daß die Zahl der regelmäßigen Kirchgänger oder Moscheenbesucher nicht wesentlich größer geworden ist, als sie in sowjetischer Vergangenheit gewesen war. Ungeachtet einer beträchtlichen Zunahme muslimischer Gemeinden, Moscheen, Medresen und anderer Institutionen seit Ende der achtziger Jahre – einer islamischen Wiedergeburt, die in einigen Regionen Rußlands kaum weniger lebhaft war als in Zentralasien – gilt der Anteil der religiös Indifferenten und Inaktiven auch unter den Muslimen des Landes als relativ hoch.

Religiöse Wiedergeburt wurde ermöglicht durch die Liberalisierung sowjetischer Religionspolitik Ende der achtziger Jahre und durch nachsowjetische Gesetze zugunsten von Glaubens- und Gewissensfreiheit. In einigen Ländern des GUS-Raums erfolgt allerdings gegenwärtig eine Revision der diesbezüglichen Gesetze mit dem Ziel einer stärkeren Kontrolle über ausländische Missionstätigkeit; dort kommt es zu Konflikten zwischen traditionellen und nichttraditionellen Glaubensgemeinschaften. In Rußland wurde die ROK zur staatstragenden Kirche stilisiert. Andere Konfessionsgruppen beklagten Unterrepräsentation

beispielsweise bei Staatsakten oder in den Funkmedien. Sprecher des Islam beschwerten sich zunehmend darüber, daß »sichtbare Muslimen« in der Wahrnehmung der russischen Bevölkerung in Zusammenhang mit religiösem Extremismus gebracht werden. Anlässe für diese Beschwerde haben sich im zurückliegenden Jahr – insbesondere nach dem Geiseldrama vom Oktober 2002 – erheblich vermehrt.<sup>40</sup>

Die Frage nach der Zahl der Muslimen Rußlands und ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung ist nicht präzise zu beantworten, da die Bevölkerungsstatistik in sowjetischer Zeit – die letzte systematische Volkszählung stammte aus dem Jahr 1989 – die ethnische, nicht die konfessionelle Selbstidentifikation der befragten Bürger erfaßte. Und auch die 2002 durchgeführte, noch nicht abschließend ausgewertete erste systematische Volkszählung im nachsowjetischen Rußland klammert die Gretchenfrage aus. Das Stichwort Religionszugehörigkeit wurde angeblich sogar auf Drängen der Führer der beiden größten Glaubensgemeinschaften aus dem Fragenkatalog gestrichen. Deshalb wird es auch weiterhin kaum möglich sein, die meist überhöhten Angaben zur Zahl der gläubigen orthodoxen Christen und der Muslimen in Rußland zu verifizieren. Was die Zahl der Muslimen betrifft, schwanken die Angaben in einer Breite von acht bis mehr als zwanzig Millionen.

Nach dem Zensus von 1989 waren knapp 12 Millionen Einwohner Rußlands (der damaligen RSFSR) »ethnische Muslimen«, das heißt Angehörige einer Volksgruppe, die irgendwann in ihrer Geschichte zum Islam bekehrt worden war. Die Islamisierung solcher Nationalitäten des Kaukasus, der Wolga-Ural-Region oder Sibiriens erfolgte zwischen dem achten bis neunzehnten Jahrhundert christlicher Zeitrechnung. Anhaltspunkte dafür, wie viele von diesen »ethnischen Muslimen« wirklich ein am Islam orientiertes Leben führen, bieten einzig lokale Fallstudien.<sup>41</sup> 1999 war

<sup>40</sup> We Are the New Jews. »Islamophobia« Shakes Russia's Muslim Millions, in: International Herald Tribune, 26.12.2002.

<sup>41</sup> Eine Untersuchung unter städtischen Tataren Mitte der neunziger Jahre brachte folgendes Ergebnis: von den sich als »gläubig« identifizierenden Respondenten besuchen 76,4 Prozent weder die Moschee noch befolgen sie zu Hause die

<sup>39</sup> Zitiert bei Edith Coron, Russia's Religious Revival, o.J. <<http://www.macalester.edu/courses/russ66/texts/revival.html>>.

laut vorläufigen demographischen Erhebungen die Zahl der »ethnischen Muslime« in Rußland auf etwas über 13 Millionen angewachsen; dies entsprach 9 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Doch auch die Angaben über die Zahl der ethnischen Muslime stehen auf unsicherer Grundlage. So erhebt sich zum Beispiel bei der neuesten Volkszählung der Verdacht plumper Fälschung demographischer Daten: Die gegenwärtige Bevölkerungszahl Tschetscheniens wurde mit knapp über einer Million beziffert, 300 000 mehr als im Jahr 1999 – und das nach gewaltigen Bevölkerungsverlusten aufgrund fortgesetzter Kriegshandlungen, massiver Menschenrechtsverletzungen und breiter Fluchtbewegungen.<sup>42</sup> Hunderttausende »tote Seelen« stecken in dieser Ziffer, die für Zwecke der Mittelzuteilung an Tschetschenien aus dem Bundeshaushalt, möglicherweise aber auch für das für den 23. März 2003 vorgesehene Verfassungsreferendum instrumentalisiert werden könnten.<sup>43</sup> In jedem Fall ist diese fragwürdige Angabe Teil der Normalisierungsfiktion, mit der Moskau über die höllische Situation in Tschetschenien hinwegtäuschen will. Sie soll den Eindruck erwecken, die demographischen Verhältnisse der Republik seien wiederhergestellt, der Großteil der Flüchtlinge zurückgekehrt. Internationale Organisationen schätzten die gegenwärtige Bevölkerungszahl Tschetscheniens dagegen auf kaum mehr als 500 000. Auch der Chef der lokalen tschetschenischen Miliz (OMON) spricht in einem Interview von höchstens 600 000 Einwohnern.

Deutlich gestiegen ist im letzten Jahrzehnt die Zahl der Migranten aus muslimischen Teilen des postsowjetischen Raums. Hier hat eine Umkehrung von Migrationstrends stattgefunden, die sich in den ersten Jahren nach Erlangung der Unabhängigkeit ehemaliger Sowjetrepubliken abgezeichnet hatten. War damals der Hauptmigrationstrend die Auswanderung von Russen und Russischsprachigen aus den muslimischen Reichsperipherien in Zentralasien und Kaukasien gewesen, herrscht heute die wachsende Arbeitsmigration aus den namengebenden Nationalitäten der zentralasiatischen und kaukasischen Republiken vor. Allein im Jahr 2001 sollen an die zwei Millionen

Gebetsvorschriften; R. *Musina*, Islam sredi gorodskich tatar: analiz sovremennoj situacii [Islam unter tatarischen Stadtbewohnern: Untersuchung der gegenwärtigen Situation], in: *Rossija i Musul'manskij Mir*, (1996) 11, S. 48–49.

<sup>42</sup> Timur *Aliev*, Chechen Census Fiasco (CRS [Caucasus Reporting Series], Nr. 151, 17.10.2002 <[http://www.iwpr.net/index.pl?archive/cau/cau\\_200210\\_151\\_2\\_eng.txt](http://www.iwpr.net/index.pl?archive/cau/cau_200210_151_2_eng.txt)>).

<sup>43</sup> *Le Monde*, 3.12.2002.

Menschen ihre zentralasiatische Heimat auf der Suche nach Arbeit in Richtung Rußland verlassen haben, ein besonders großer Teil stammt aus dem völlig verarmten Tadschikistan.<sup>44</sup> Aserbaidzchaner stellen mit über zwei Millionen die größte Gruppe von Migranten aus dem muslimischen »nahen Ausland«. Allein in Moskau leben Hunderttausende kaukasischer Migranten, sowohl christlicher als auch muslimischer Nationalität, die besonders nach dem Geiseldrama vom Oktober 2002 unter wachsenden Druck islamophober und kaukasusfeindlicher Stimmungen in der russischen Bevölkerung gerieten.

Wie hoch auch immer ihre genaue Zahl sein mag, in jedem Fall bilden Muslime in Rußland die zweitgrößte Glaubensgemeinschaft. Das gilt in gleicher Weise für eine Reihe europäischer Staaten. In einem ausführlichen Artikel über »Islam in der nichtislamischen Welt« setzt ein russischer Autor sein Land in Bezug zu westlichen Ländern mit ebenfalls wachsendem muslimischem Bevölkerungsanteil.<sup>45</sup> Dabei weist er darauf hin, daß die Zahlenangaben über Muslime in den USA und in westeuropäischen Staaten nicht weniger schwanken als die über Muslime in Rußland.<sup>46</sup> Ein entscheidender Unterschied zu Ländern wie USA, Frankreich, Großbritannien oder Deutschland besteht freilich in folgendem Punkt: Trotz der wachsenden Migration aus dem muslimischen nahen Ausland wird der weitaus größere Teil der muslimischen Bevölkerung Rußlands von Volksgruppen gebildet, die seit Jahrhunderten auf dem Territorium der RF ansässig sind. Einige, wie die Tataren an der Wolga, können auf eine längere, hier lokalisierte Geschichte zurückblicken als die ethnischen Russen, und sie identifizieren sich als Muslime, russische Staatsbürger (Rossijane) und Europäer.

<sup>44</sup> In Rußland häuften sich in letzter Zeit Übergriffe auf Migranten aus Zentralasien. Allein zwischen April und Juni 2002 wurden 30 Leichen von Tadschiken, die Angriffen russischer Rechtsradikaler zum Opfer gefallen waren, in ihre Heimat überführt. Auch in einigen Aussagen von Parlamentsabgeordneten wurde ein wachsender anti-tadschikischer Affekt in Rußland spürbar.

<sup>45</sup> Michail *Tul'skij*, Islam v neislamskom mire [Islam in der nichtislamischen Welt], in: *Nezavisimaja gazeta*, 29.9.2001.

<sup>46</sup> So gab die »Islamische Gemeinschaft Nordamerikas« die Zahl der in den USA lebenden Muslime mit 7 Millionen an, während der »Islamische Oberste Rat Amerikas« sie mit mehr als dem Doppelten, mit 15 Millionen bezifferte. Aus demoskopischen Umfragen errechneten sich Zahlenangaben zwischen 2 und 5 Millionen. In Frankreich gab es laut demoskopischen Studien im Jahr 2000 2,5 Millionen »bekennende Muslime«, nach Angaben der muslimischen Gemeindeführer waren es dagegen 6 bis 7 Millionen Muslime. *Tul'skij*, ebd.

In der russischen Bevölkerungsmehrheit werden diese seit Jahrhunderten in Rußland verwurzelten Muslime jedoch immer noch und im Zuge der Gewalt- eskalation im Nordkaukasus verstärkt als *inorodcy* (Andersartige) perzipiert.<sup>47</sup> Da schwingen Konnotationen wie »Gefährlichkeit« mit. Die muslimischen Mitbürger sind weitgehend unbekannte Wesen für den christlichen und völlig unbekannt für den noch immer beträchtlichen areligiösen Teil der Bevölkerung. Dazu eine russische Publizistin: »In diesem Vakuum an Kenntnis über eine zwischen einem Dutzend und Zigmillionen schwankenden Zahl an Mitbürgern lassen sich grelle Klischees wie das von den Wahhabiten sehr gut verbreiten. Im großen und ganzen bildet dieser Bevölkerungsteil eine schweigende Minderheit – in krassem Gegensatz zum Bild des religiösen Fanatikers und radikalen Aktivisten, das der ›islamische Boom‹ in den Medien in den letzten Jahren erzeugt hat. 90 Prozent der Äußerungen zum Thema Islam in der russischen Publizistik beziehen sich auf Extremismus. Gäbe es nicht die sogenannten Wahhabiten in Tschetschenien, würde sich für die Muslime in Rußland kaum jemand interessieren.«<sup>48</sup>

Der Rektor der Islamischen Universität in Moskau identifiziert die islamophobe Darstellung des Tschetschenienkonflikts in der russischen Publizistik als eine der Hauptgefahren für den interethnischen und -konfessionellen Frieden in Rußland. »Mit dem aktuellen Krieg in Tschetschenien als Hintergrund werden Angehörige bestimmter ethnischer Gruppen, meist Muslime, der besonderen Ausweisüberprüfung und Wohnungsdurchsuchung und bei ihrer Registrierung Sondermaßnahmen unterworfen. Einigen islamischen Lehranstalten wurden die Lizenzen entzogen. Können denn alle 20 Millionen Muslime Rußlands plötzlich zu potentiellen Banditen und Terroristen geworden sein? Kann es angehen, daß der Staat wieder einmal versucht, ganze ethnische Gruppen für Taten zu bestrafen, die von einzelnen ihrer Mitglieder begangen worden sind?«<sup>49</sup> Der Islam gehört laut Umfragen erst seit 1996 (Niederlage im ersten Tschetschenienkrieg) zu den politischen Reizthemen in der russischen Öffentlichkeit. Islamophobie und Kaukasusaffekt sind seitdem nicht mehr zu trennen. So hat sich

seit Mitte der neunziger Jahre in der Terminologie des Innenministeriums der Begriff »muslimische Mafia« etabliert – zur Bezeichnung kaukasischer ethnischer Netzwerke innerhalb informeller Wirtschaftszonen in Rußland. Islamische Kultureinrichtungen werden verstärkt der Verbindung zu Führern der organisierten Kriminalität verdächtigt. Der russische Islamwissenschaftler Malaschenko resümiert: In der russischen Gesellschaft ist noch längst nicht das notwendige Bewußtsein für den multikonfessionellen Charakter des Landes vorhanden.<sup>50</sup>

Vor Beginn der Tschetschenienkriege wurde Islam in Rußland vom politischen Establishment des Landes kaum als konfliktträchtig angesehen. Der Anspruch auf stärkere politische Partizipation der muslimischen Glaubensgemeinschaft, der sich auf eine muslimische Fraktion in der Duma des ausgehenden Zarismus berief, wurde kaum als Provokation empfunden. Das muslimische Elektorat unterstützte Präsident Jelzin gegen seine nationalistischen und kommunistischen Herausforderer. Erst die Gewalteskalation im Tschetschenienkonflikt trieb einen Keil in die Beziehung zu den Inhabern staatlicher Macht. Muslimische Politiker sprachen sich zwar kategorisch für die Einheit Rußlands und gegen die Sezession Tschetscheniens aus, konnten aber die Menschenrechtsverletzungen gegenüber ihren Glaubensbrüdern im Kaukasus nicht außer acht lassen. Die Unterstützung für Jelzin würde noch eindeutiger ausfallen, wenn das für alle Muslime entscheidliche Thema Tschetschenien nicht wäre, äußerten Sprecher der islamischen Gemeinde Rußlands vor den Präsidentenwahlen im Juni 1996, gegen Ende des ersten Tschetschenienkriegs.<sup>51</sup> Der zweite Krieg seit 1999 störte die Beziehungen zwischen Rußland und seinen Muslimen noch nachhaltiger, die russische Strategie zur Legitimierung des erneuten militärischen Vorgehens gegen Tschetschenien rückte das Thema Islam nun noch stärker in die Nähe von Extremismus und Terrorismus.

Schon vor dem 11. September 2001 hatte sich das Bedrohungsbild, in dem Islamismus mit Separatismus und Terrorismus zusammengeführt wird, in plakativen Aussagen russischer Politiker verdichtet. »Wenn extremistische Kräfte die Oberhand im Kaukasus gewinnen, wird sich diese Infektion über die Wolga ausbreiten auf andere Republiken. Wir haben dann

47 Mit diesem Terminus wurden im Zarenreich Muslimvölker und Angehörige außereuropäischer, nichtchristlicher Nationalitäten bezeichnet.

48 Jaroslava Zabello, O čem dumaet bezmolnoe men'sinstvo? [Was denkt die schweigende Minderheit?], 11.7.2002, in: <<http://www.russ.ru/politics/20020711-zab.html>>.

49 Murtazin, Muslims and Russia: War or Peace? [wie Fn. 14].

50 Aleksej Malašenko, *Islamskoe vozroždenie v sovremennoj Rossii* [Die Wiedergeburt von Islam im gegenwärtigen Rußland], Moskau: Moskauer Carnegie-Zentrum, 1998, S. 191–193.

51 *Izvestija*, 16.4.1996.

entweder die vollständige Islamisierung Rußlands oder müssen uns mit seiner Teilung in verschiedene unabhängige Staaten abfinden«, so Präsident Putin im Jahr 2000.<sup>52</sup>

## Beziehungen zwischen den Glaubensgemeinschaften

Die Beziehungen zwischen dem russisch-orthodoxen Patriarchat und den obersten Repräsentanten des Islam sind nicht konflikthaft. Der oberste islamische Würdenträger, Talgat Tadschuddin, unterhält Kontakte zum Patriarchen Aleksej II. und wird von seinen Gegnern in den eigenen Reihen bereits bezichtigt, sich der russisch-orthodoxen Staatskirche unterzuordnen. Die russisch-orthodoxe Geistlichkeit hält sich mit antimuslimischen Äußerungen zurück, stärker als mit Äußerungen gegen andere Glaubensgemeinschaften wie der katholischen. Im persönlichen Gespräch habe er, so der bereits zitierte Islamexperte Malaschenko, jedoch eine gewisse »Furcht vor wachsender Aktivität des Islam« aus den Äußerungen orthodoxer Hierarchen herausgehört.<sup>53</sup> Im Jahr 2001 verabschiedeten beide Glaubensgemeinschaften ihre Sozialdoktrinen, die kaum in Widerspruch zueinander stehen. Mit einem als solchen apostrophierten »Gegner« setzt sich die 45seitige Sozialdoktrin der muslimischen Gemeinschaft des europäischen Teils Rußlands nur an einer Stelle auseinander: Sie widmet zwei Seiten dem sogenannten Wahhabismus und benutzt damit jenen Kampfbegriff, unter den als extremistisch wahrgenommene Strömungen im postsowjetischen Islam subsumiert werden.<sup>54</sup> Sie verortet also ihren Hauptgegner innerhalb der eigenen Glaubensgemeinschaft.

Gleichwohl gestaltet sich das von den offiziellen Repräsentanten beider Glaubensgemeinschaften als positiv gewürdigte Zusammenleben der Konfessionen nicht reibungsfrei. In Moskau und anderen Städten wurden in den letzten Jahren Aktionen gegen die Gründung von Moscheen organisiert. Wenn Bauten in der Nähe zu christlich-orthodoxen Kultstätten geplant waren, kam es zu Konflikten. Da wurde zum Beispiel vehement gegen das Vorhaben agitiert, eine Moschee in der Nähe des Klosterkomplexes von Sagorsk bei Moskau zu errichten, der heiligsten Stätte der ROK.

<sup>52</sup> Zitiert von Amy Waldman, Shackles Off, Russia's Muslims Are Still Chafing, in: New York Times.com Article, 9.11.2001.

<sup>53</sup> Malašenko, Islamskoe vozroždenie v sovremennoj Rossii [wie Fn. 50], S. 190.

<sup>54</sup> Vremja novostej, 29.5.2001.

Dies käme, so die Gegner, dem Bau einer Moschee auf dem Territorium des Vatikan gleich.<sup>55</sup> Umgekehrt sprach sich ein muslimischer Journalist in Orenburg kürzlich gegen den Bau einer orthodoxen Kirche in der Nähe eines muslimischen Friedhofs aus. Er wurde deswegen einer radikal-islamistischen Einstellung bezichtigt und verlor seinen Job.<sup>56</sup>

Auf zwischenkonfessioneller Ebene ragte im Jahr 2002 der Konflikt zwischen der ROK und der katholischen Kirche heraus, die ihre fünf provisorischen »apostolischen Verwaltungen« in Rußland in den Rang von Bistümern erhoben hat. Diese institutionelle Aufwertung der Diasporagemeinden in Rußland durch den Vatikan löste einen Sturm der Entrüstung in der russisch-orthodoxen Kirchenführung und unter russischen Nationalisten aus. Die Empörung ging so weit, daß im Dezember 2002 ein von Regierungsmitarbeitern und Religionsexperten verfaßter Bericht feststellte, das größte Sicherheitsrisiko durch »religiösen Extremismus« ginge für Rußland von der katholischen Kirche aus. Der Bericht empfahl der Regierung, ausländische Glaubensgemeinschaften von den Sicherheitsbehörden überwachen zu lassen.<sup>57</sup>

Im Bericht wird die Unterscheidung zwischen traditionellen und nichttraditionellen Denominationen Rußlands unterstrichen, die auch in der Religionsgesetzgebung eine Rolle spielt. Als traditionell gelten neben der ROK der Islam, der Judaismus und der Buddhismus. Auch in anderen GUS-Staaten mit polyethnischer und multireligiöser Bevölkerung wie Kasachstan bilden die traditionellen Religionen, in diesem Fall Islam und ROK, eine gemeinsame Front gegen »nichttraditionelle« Konkurrenten und fordern eine Revision der Religionsgesetze in Richtung auf verstärkte Kontrolle ausländischer Missionsaktivitäten. Als »traditionell« sollen in Rußland Religionen gelten, die dort seit mindestens 50 Jahren Einfluß haben und mindestens eine Million Gemeindemitglieder in ganz Rußland oder mindestens 100 000 innerhalb einer seiner Nationalitäten nachweisen können.<sup>58</sup> Die nicht-

<sup>55</sup> Hélène Carrère D'Encausse, L'islam en Russie: le grand défi, in: Le Figaro, 18.11.2002.

<sup>56</sup> International Herald Tribune, 26.12.2002.

<sup>57</sup> Unter der Rubrik »Gefahren für die nationale Sicherheit durch religiösen Extremismus« wurden an erster Stelle die Tätigkeit der katholischen Kirche, dann jene protestantischer Bewegungen aufgelistet, gefolgt von Sekten wie Zeugen Jehovas, Scientologen und anderen. Der »islamische Extremismus« wurde im Unterschied zum landläufigen Diskurs über dieses Thema erst an letzter Stelle genannt. Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 10.12.2002; Der Spiegel, (2002) 51, S. 112.

<sup>58</sup> Izvestija, 6.2.2002, <<http://udb.eastview.com/02/IZV/02/>

traditionelle, als »ausländisch« wahrgenommene Konkurrenz wird von der offiziellen Geistlichkeit der traditionellen Kirchen vor allem deshalb angefeindet, weil sie offensichtlich eine größere Dynamik in der Bevölkerung entfaltet. Ähnlich wie die geistlichen Führungen der Muslime in Rußland sich ständig über »ausländische islamistische Missionen« beklagen und sich dafür des Schlagworts vom Wahhabismus bedienen, klagt die Leitung der russisch-orthodoxen Kirche über die Verbreitung verschiedener anderer christlicher Denominationen im nachsowjetischen Rußland und erhält dabei kräftige Unterstützung aus dem russisch-nationalistischen Lager.

Islamische Würdenträger sprangen dem russischen Partner in dem Konflikt mit der schon immer als besonders »ausländisch« empfundenen katholischen Kirche bei.<sup>59</sup> Der nominelle Obermufti Tadschuddin stellte in einem Artikel über die Umwandlung der katholischen Verwaltungsstrukturen in Rußland den von ihm identifizierten Hauptfeind, den Wahhabismus, in einen breiteren Zusammenhang mit ausländischen Missionen: »Wenn wir heute die Augen vor der Verbreitung ausländischer christlicher Strukturen in der RF verschließen, dann wird Rußland morgen von neuen Denominationen überschwemmt, die mit dem ausländischen Islam verbunden sind.«<sup>60</sup>

## Der Zwist der Muftis

Im Bereich der traditionellen Religionen verlaufen die Konfliktlinien eher innerhalb der Glaubensgemeinschaften als zwischen ihnen. Da gibt es Führungskämpfe innerhalb der muslimischen, der jüdischen, der armenischen Gemeinschaft Rußlands. Bei aller Spezifik der jeweiligen Konfession haben diese Kämpfe vieles gemeinsam, vor allem das Ringen um die Nähe zur Staatsgewalt und um finanzielle Ressourcen.<sup>61</sup> Besonders im Falle des Islam fällt die

Zersplitterung religiöser Verwaltungsstrukturen, die Konkurrenz zwischen den Leitern der Geistlichen Verwaltungen der Muslime auf. In sowjetischer Zeit gab es in der RSFSR zwei regionale Geistliche Verwaltungen (Muftiate) – an der Wolga in Ufa für die Muslime der europäischen und sibirischen Teile Rußlands und eine nordkaukasische mit Sitz in Bujnaks. Heute existieren an die 50 Muftiate auf regionaler und ethnischer Ebene. Ihre Leiter stehen oft in Konkurrenz zueinander und denunzieren sich teilweise gegenseitig mit dem Schlagwort Wahhabit.

Die Hauptkonfliktlinie verläuft zwischen dem bereits seit 1980 amtierenden Leiter der *Zentralen Geistlichen Verwaltung der Muslime* in Ufa, »Obermufti« Talgat Tadschuddin, und Scheich Rawil Gainutdin, der einer *Verwaltung der Muslime des europäischen Teils Rußlands* in Moskau vorsteht und einen überregionalen *Rat der Muftis* leitet. Beide kämpfen um die Unterordnung muslimischer Gemeinden und Institutionen unter ihre Führung, wobei Gainutdin seinem Gegner Tadschuddin einen beträchtlichen Teil der insgesamt über 3000 muslimischen Gemeinden Rußlands entrissen hat. In diesem Streit geht es zwar auch um ideologische Differenzen – Tadschuddin wirft seinem Moskauer Konkurrenten vor, fundamentalistischen Strömungen anzuhängen, während dieser ihn als Abkömmling der sowjetischen Religionsnomenklatur beschimpft –, in erster Linie aber um die Nähe zur politischen Macht, zum Kreml, und um Finanzressourcen aus dem Ausland. Beide Seiten bezichtigen einander, Finanzbeziehungen zu Saudi-Arabien zu unterhalten. In letzter Zeit erweckte der Kreml den Eindruck, als unterstütze er Tadschuddin gegen seinen Konkurrenten. Das entspricht jedoch nicht den Tatsachen. Gelegentlich umwirbt der Kreml die offiziellen Repräsentanten der muslimischen Gemeinde, um politische Unterstützung für bestimmte Ziele zu erlangen. Derzeit geschieht dies, um sie für das von vielen Seiten kritisierte fragwürdige Verfassungsreferendum in Tschetschenien zu gewinnen. Mit Erfolg: Die Führer der meisten islamischen Zentren in Rußland sprachen sich eindeutig für die Durchführung des Referendums am 23. März 2003 aus. Tadschuddin ließ daran keinen Zweifel, als er einige hämische Bemerkungen über den Tschetschenien-Berichterstatler des Europarats, Lord Judd, machte,

[Intrigen. Welch' eine Konfession, Schöpfer], in: *Kommersant vlast'*, 19.6.2001. Zur institutionellen Aufgliederung und zum Verhältnis zwischen offizieller Geistlichkeit und politischen Aktivisten im rußländischen Islam vgl. *Malašenko*, *Islamskoe vrozroždenie v sovremennoj Rossii* [wie Fn. 50], S. 105–161.

data/i021-26.htm>.

<sup>59</sup> Vgl. dazu: Kirill *Vasilenko*, *Svjaščennaja vojna. Otnošenija katolikov i pravoslanych grozjat nevidannym krizisom* [Der Heilige Krieg. Der Beziehung zwischen Katholiken und Orthodoxen droht eine ungeahnte Krise], in: *Vremja novostej*, 13.2.2002; Online-Version <<http://udb.eastview.com/02/VRN/02/data/vn021323.htm>>; Ivan *Suchov*, *Tesnoe duchovnoe prostranstvo. Posledovateli proroka vstupilis' za RPC* [Enger geistiger Raum. Die Anhänger des Propheten treten ein für die RPC (Russkaja Pravoslavnaja Cerkov' – Russisch-Orthodoxe Kirche)], ebd., 22.2.2002.

<sup>60</sup> *Nezavisimaja gazeta*, 13.3.2002.

<sup>61</sup> Vgl. Oksana *Alekseeva*, *Kozni. Čto za konfessija, Sozdatel'*



der die Verschiebung des Referendums gefordert hatte. An einer Konsolidierung der islamischen Gemeinde durch Einigung ihrer Führer ist der Regierung aber kaum gelegen, kann sie doch mit der Spaltung des offiziellen Islam gut leben. »Die Teilung ist im Interesse des Staates«, meint Gainutdin. »Es gibt Leute in der Regierung, die an einer Konsolidierung der muslimischen Gemeinde nicht interessiert sind, denn 20 Millionen bilden schon ein ganzes Land für sich und eine ernstzunehmende Kraft [...]. »Herrsche und teile« erweist sich da immer noch als nützlich.«<sup>62</sup>

Auf der regionalen Ebene begann die Aufgliederung des offiziellen Islam 1992 damit, daß sich ein Muftiat Tatarstans verselbständigte, damals im Kontext einer politischen Autonomiebewegung der Teilrepublik. Im gesamten postsowjetischen Raum waren ethno-nationale und religiöse Wiedergeburten miteinander verflochten. Und so folgte auch der Islam in Rußland, Zentralasien und im Kaukasus dem Trend, der beim Zerfall der Sowjetunion dominierte: der ethno-territorialen Aufgliederung.

Der Terrorismusdiskurs in Rußland nach dem 11. September 2001 hat Konflikte zwischen den rivalisierenden administrativen Strukturen des Islam noch vertieft. Das wurde auf einer von Präsident Putin und Talgat Tadschuddin angeregten, im Mai 2002 in Moskau veranstalteten Konferenz »Islam gegen Terrorismus« deutlich. Ein Teil der offiziellen Geistlichkeit boykottierte die Konferenz. Ihr Boykott richtete sich gegen Tadschuddin als Organisator, nicht gegen das Thema der Konferenz.

Tadschuddin bezeichnete seine Kritiker und Gegner gleichwohl als Anhänger eines intoleranten islamischen Fundamentalismus. Dabei pflegt besonders Scheich Gainutdin das Image eines liberalen Muslims, eines Moskauer Staatsbürgers und eines »Europäers, der sich zum Islam bekennt«.<sup>63</sup> Gainutdin und einige der mit ihm verbündeten regionalen Muftis machten sich in den Augen Tadschuddins und seiner Gefolgsleute des Radikalismus verdächtig, weil sie die inflationäre Benutzung des Schlagworts Wahhabismus kritisierten.<sup>64</sup> Wie sehr dieses Schimpfwort gerade auch im Krieg der Muftis kursiert, zeigt folgende Meinungsäußerung: Der von Autoritätsverlust geplagte und um die Macht kämpfende Tadschuddin verkündete Ende Dezember 2002 auf einer Konferenz vor Dutzenden

seiner Anhänger, in Rußland trieben schon mehr als 100 000 »Wahhabiten« ihr Unwesen. Diese »Armee von Häretikern« habe sich um seinen Rivalen Gainutdin formiert. Doch auch Gainutdin bedient sich dieses Schlagworts, wenn er die Angriffe seines Rivalen pariert. Kurz nach dem 11. September 2001 brachte er ein Foto in Umlauf, das Tadschuddin neben einem Bruder Osama bin Ladens zeigt, ohne dabei zu erwähnen, daß dieses Foto bei einem Staatsbesuch einer saudischen Delegation vor gut einem Jahrzehnt entstanden war.

Der Zersplitterung und Zerstrittenheit des offiziellen Islam hält der ehemalige Mufti Tschetscheniens und heutige Verwaltungsleiter in der Republik, Ahmad Kadyrow, die Forderung nach einer zentralen geistlichen Führung entgegen. Diese Position sei allerdings mit einer herausragenden Autorität zu besetzen, einem islamischen Geistlichen, der imstande sein müsse, mit den führenden Theologen der islamischen Welt mitzuhalten. Sie sei vor allem als Gegengewicht zum radikalen Islamismus wünschenswert, der in verschiedenen Regionen Rußlands Wurzeln geschlagen hätte. Dagegen erhob der amtierende Mufti Tatarstans den Einwand, der Islam habe sich noch nie an eine strikte klerikale Machtvertikale gebunden. Allerdings spreche auch nichts dagegen, durch Bildung eines Runden Tisches mit den Leitern der regionalen geistlichen Verwaltungen und über einen Obersten Islamrat einen zentralen Repräsentanten zu ermitteln.<sup>65</sup>

<sup>62</sup> Zitiert in: *Glasser, Russia's Muslims Become Targets* [wie Fn. 33].

<sup>63</sup> *Zabello, O čem dumaet bezmolnoe men'sinstvo?* [wie Fn. 48].

<sup>64</sup> *Nezavisimaja gazeta – Religii*, 31.1.2001.

<sup>65</sup> *Vremja i Den'gi (Kazan')*, 16.4.2002.

## Regionale Differenzierung

### Zerklüftung in unterschiedliche »islamische Massive«

Während sich Aussagen über den Islam im eigenen Land ganz überwiegend auf den Nordkaukasus beziehen, die islamische Südperipherie der RF, lebt der größere Teil der Muslime in zentralen Landesteilen Rußlands, vor allem im Wolga-Ural-Gebiet in Tatarstan, Baschkortostan und anderen Teilrepubliken sowie in russischen Regionen mit einem mehr oder weniger hohen muslimischen Bevölkerungsanteil wie Astrachan, Samara, Saratow, Perm, Pensa, Nischnij-Nowgorod, Moskau, St. Petersburg und in Landstrichen Sibiriens. Teilweise schließen sich diese Gebiete bereits gegen den »kaukasischen Islam« ab. So beschwerte sich der Mufti von St. Petersburg und Nordwestrußland über kaukasische Islamismus-Emissäre, die angeblich eine vom Ausland beeinflusste Politik der religiösen Spaltung in Rußland betrieben.<sup>66</sup> Die von der russischen Kaukasusphobie getriebene Darstellung der »Wahhabitenexpansion« droht den Islam Rußlands in gegensätzliche Lager zu spalten.

Das Wolga-Ural-Gebiet und der Nordkaukasus sind denkbar unterschiedlich, was ihre religiös-kulturellen, politischen und sozialökonomischen Gegebenheiten und ihre Integration in die Staatlichkeit und Wirtschaft Rußlands betrifft. Die Muslime in den zentralen Landesteilen verstehen sich überwiegend als Bürger Rußlands und Repräsentanten eines Islam, der mit Modernisierung, Säkularismus und europäischen Grundwerten vereinbar ist. Die Muslime Dagestans haben eine stärkere Bindung an die islamischen Welten des Vorderen Orients und blicken auf eine in den exsowjetischen muslimischen Regionen einzigartige »arabistische« Tradition in ihrer Kultur- und Bildungsgeschichte zurück.

### Islamische »Wiedergeburt« an der Wolga

Der Islam im Inneren Rußlands wird im wesentlichen mit dem tatarischen Islam gleichgesetzt. Tataren bilden mit 5,5 Millionen Menschen (nach dem Zensus

von 1989) die größte muslimische Volksgruppe und die größte nichtrussische Nationalität in der Russischen Föderation. Sie leben nur zum kleineren Teil in ihrer Titularrepublik Tatarstan (3,8 Millionen Einwohner, davon knapp 50 Prozent Tataren). Die staatlich sanktionierte islamische Wiedergeburt in der Republik an der Wolga hat zur Wiedereröffnung und zum Bau von rund 1000 Moscheen geführt. In sowjetischer Zeit waren in Tatarstan gerade einmal 18 Moscheen als »arbeitende Kultstätten«, so der Sowjetjargon, für die Gläubigen geöffnet. In der Hauptstadt Kasan entstand mit der *Islamischen Universität Rußlands* das wichtigste Bildungszentrum eines als eigenständig aufgefaßten »russischen Islam« (*Rossijskij Islam*).

Im Februar 2002 tagte ein Kongreß der Muslime Tatarstans, der folgende Hauptmerkmale und -vektoren in der islamischen Wiedergeburt an der Wolga identifizierte:

- ▶ die Rückbesinnung auf die intellektuelle Tradition der sogenannten *Djadiden* (Erneuerer), einer Reformbewegung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die sich für ein modernes Bildungssystem und die Integration von Muslimen in ein modernes Staatswesen einsetzte;
- ▶ die friedliche Koexistenz mit anderen Glaubensgemeinschaften als Charakteristikum eines traditionell toleranten tatarischen Islam;
- ▶ die Verbindung islamischer Werte mit staatsbürgerlicher Loyalität gegenüber Rußland;
- ▶ eine Wiedergeburt sozialer Orientierung durch Wiedereinführung traditioneller Institutionen von Wohltätigkeit wie *waqf* (Stiftung) und *zakat* (Almosenabgabe).<sup>67</sup>

Dieser tatarische Islam rekuriert auf die wohl bedeutendste islamische Reformbewegung der Neuzeit. Die von Krim- und Wolgatataren im 19. Jahrhundert in andere muslimische Regionen des Zarenreichs und darüber hinaus getragene Bildungs- und Modernisierungsbewegung der *Djadiden* wird als Vorbild für einen *Euro-Islam* diskutiert. Um den Einfluß der erstarrten islamischen Orthodoxie auf die Ausbildung kommender Generationen zu brechen, plä-

<sup>66</sup> Sankt Peterburgskie Vedomosti, 2.2.2002.

<sup>67</sup> Rossijskie vesti, 20.2.2002.

dierten seinerzeit Vertreter dieser Strömung wie der Tatare Ismail Gasprinskij dafür, junge Muslime bei ihren Bemühungen um Integration in die russische Gesellschaft durch Schulreformen im Rahmen eines säkularen Bildungswesens zu unterstützen, und arbeiteten Kompromißformeln für das Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen in einem gemeinsamen Staat aus.<sup>68</sup>

Gleichwohl ist in letzter Zeit auch für die tatarische Region die Kollision zwischen indigenen und importierten Islamvarianten festgestellt worden. Jedenfalls ist auch hier die Klage zu vernehmen, radikale Auslegungen von Islam auf dogmatischen Grundlagen, die in der Wolgaregion bis dahin keine Wurzeln geschlagen haben, hätten in letzter Zeit vermehrt Zuspruch gefunden.<sup>69</sup> Auch in Tatarstan wird als Hauptursache für den Erfolg externer Einflußnahme der Bildungsnotstand des einheimischen Islam gesehen. Nach Angaben der Geistlichen Verwaltung Tatarstans sind nur zehn Prozent der Gemeinden mit ausgebildeten Imamen versorgt. In das Bildungsvakuum drangen Absolventen ausländischer Religionsschulen ein, denn auch hier blieb die Entsendung von Religionsschülern ins Ausland im zurückliegenden Jahrzehnt weitgehend unkontrolliert. Dem will vor allem die Islamische Universität von Kasan entgegenwirken.<sup>70</sup>

Die tatarische Geistlichkeit muß sich gegen den Vorwurf zur Wehr setzen, daß auch ihr Verwaltungsbereich bereits in die Fänge des radikalen Islamismus geraten sei. Der Verdacht »wahhabitischer Expansion« bis an die Wolga war aufgekommen, nachdem sich

68 Zur Berücksichtigung dieser Reformbewegung für den Diskurs über die Integration von Muslimen in europäische Gesellschaften siehe Peter L. Münch-Heubner, Die Reform der Gesetzesreligion, in: Reinhard C. Meier-Walser/Rainer Glagow (Hg.), Die islamische Herausforderung – Illusionen und Realitäten, München 2002 (Berichte der Hanns-Seidel-Stiftung, Bd. 85), S. 123–157, bes. S. 151–153.

69 Rafik Muchametšin, Islam v obščevstvenno-političeskoj žizni Tatarstana (vtoraja polovina 90-ch godov) [Der Islam im gesellschaftlich-politischen Leben Tatarstans (zweite Hälfte der neunziger Jahre)], in: Etničnost' i konfessional'naja tradicija v volgo-ural'skom regione Rossii [Ethnizität und konfessionelle Tradition in der Wolga-Ural-Region Rußlands], Moskau: Moskauer Carnegie-Zentrum, 1998, S. 19–28.

70 »Wir möchten, daß die Jugend von Anfang an im eigenen Land ausgebildet wird. Denn unser Ritus (*maddhab*) unterscheidet sich erheblich von denen im Ausland. Unser Islam ist von nationalen Traditionen geprägt – man kann von einem ausgesprochenen tatarstanischen Islam sprechen«, meint der Mufti der Republik zu dem unerwünschten Austausch mit dem Ausland; Nezavisimaja gazeta, 11.5.2001.

Absolventen einer Medrese (mittlere islamische Bildungsanstalt) in der Stadt Nabereshnyje Tschelny angeblich als Glaubenskämpfer nach Afghanistan begeben haben. Etwa ein Dutzend junger Männer aus dieser Stadt sollen an der Seite der Taliban gekämpft haben. Die Lehranstalt wurde aus diesem Grunde geschlossen und später in eine Mädchenschule umgewandelt. Ihr 36jähriger Direktor, der vier Jahre in Saudi-Arabien studiert hat und als Exponent einer Generation »junger Imame« gilt, wurde mit der Aussage zitiert, es lohne sich nicht, den deformierten, aus dem Zaren- und Sowjetreich ererbten *Rossijskij Islam* zu bewahren.<sup>71</sup> Außerdem soll es unter tatarischen Muslimen eine Welle der Solidarität mit den Glaubensbrüdern in Tschetschenien gegeben haben. Über hundert Tataren sollen beim Sturm der russischen Armee auf Grosny im zweiten Tschetschenienkrieg auf der Seite der tschetschenischen Widerstandskämpfer gefallen sein. Vier der nicht-tschetschenischen Brigaden des Emir Chattab sollen sich nach russischen Angaben aus Tataren zusammengesetzt haben.<sup>72</sup>

Dennoch ist das Hauptthema zwischen Moskau und Kasan nicht der Islam, sondern die Sprachen- und Schriftfrage. 1999 hatte das Republikparlament die Rückkehr zur lateinischen Schrift beschlossen. Daraufhin konterte die russische Staatsduma in Moskau mit einem Sprachengesetz, das alle Nationalsprachen Rußlands zur Nutzung der kyrillischen Schrift verpflichtete. Im November 2002 bestätigte das Oberhaus des Bundesparlaments die Gesetzesvorlage und provozierte eine Welle der Empörung in der Wolgarepublik. Insgesamt spielten religiöse Fragen in der tatarischen Nationalbewegung während des Zerfalls der Sowjetunion und der Formierung der nachsowjetischen RF nur eine untergeordnete Rolle. Im Mittelpunkt standen politische und wirtschaftliche Autonomiebestrebungen, die deutlich vom secessionistischen Kurs Tschetscheniens abwichen. Seither wurde das *Modell Tatarstan* als politischer Ansatz für die Lösung des Tschetschenienkonflikts diskutiert, was insofern problematisch ist, als die politische, sozialökonomische und nationale Entwicklung Tatarstans deutlich anders verlaufen ist als jene im Nordkaukasus und weil Tatarstan weit stärker in die Staatlichkeit und Wirtschaft Rußlands eingebunden ist. Zur Symbolfigur der pragmatisch ausgerichteten tatarischen politischen Autonomiebewegung wurde der Republik-

71 Amy Waldman, in: New York Times.com article, 9.11.2001.

72 Nezavisimaja gazeta, 16.4.2002.

präsident Mintimer Schaimijew. Er setzte sich 1998 auch für die Überwindung der Spaltung der offiziellen islamischen Geistlichkeit in Tatarstan ein. Hier hatte sich in den Jahren zuvor die schon in anderen Teilen Rußlands zu beobachtende Sezession von Gemeinden aus dem Verwaltungsbereich eines zentralen Muftiats auf Republikenebene wiederholt. Inzwischen haben sich alle Gemeinden wieder der zentralen Geistlichen Verwaltung der Republik Tatarstan untergeordnet.

## Der Nordkaukasus als muslimische Krisenperipherie Rußlands

Die exponierte Stellung des Nordkaukasus im russischen Islam- und Islamismuskurs hängt unübersehbar mit den besonderen Krisen- und Konfliktlagen in dieser Region zusammen. Mit ihren sieben nationalen Teilrepubliken von Adygeja im Westen bis Dagestan im Osten und den südrussischen Gebietseinheiten Rostow, Krasnodar und Stawropol stellt die Region in mehrfacher Hinsicht Rußlands brisanteste Peripherie dar.<sup>73</sup> Der Nordkaukasus macht den größten Teil des Südlichen Föderalbezirks aus, der unter den neu gebildeten sieben sogenannten Gouvernements der RF eine herausgehobene Bedeutung hat. Präsident Putin stufte auf einer Sitzung in Rostow am Don im Herbst 2000 die geopolitische Bedeutung des Nordkaukasus als »außerordentlich wichtig« ein, beklagte aber, daß die föderale Politik gegenüber dieser Region bislang völlig versagt habe.<sup>74</sup>

Rußland fühlt sich in keinem anderen seiner Landesteile von regionsinternen Entwicklungen und äußeren Einflüssen stärker herausgefordert. In keiner anderen Region wird aber auch ein solches Defizit an politischer Strategie der föderalen Akteure festgestellt. Zur Bezeichnung interner und externer Entwicklungen und Einflüsse im Nordkaukasus benutzen russische Kommentare seit langem Schlagworte wie »vulkanhafte Geopolitik« oder »schwarzes Loch«. Da wird die geopolitische Bedeutung der Region innerhalb des kaspischen Raums mit der permanenten Verschlechterung ihrer sozialökonomischen Situation, mit wachsender Kriminalität und der Verbreitung von Terroris-

mus und religiösem Extremismus in Zusammenhang gebracht.

Die Zeitung *Nezavisimaja gazeta* präsentierte im März 2002 ein Spannungsrating für die Gebietseinheiten der Region unter Ausklammerung des Sonderfalls Tschetschenien.<sup>75</sup> Der Bemessung wurde ein spezieller Instabilitäts-Koeffizient zugrunde gelegt. Der Koeffizient – er beruht auf Daten über alle gewaltförmigen Ereignisse (Terroranschläge, politische Morde, bewaffnete Zusammenstöße, Entführungen, Aufdeckung von Waffenlagern u.a.) vom 1. Januar 2001 bis März 2002 – gab den prozentualen Anteil der Gewaltereignisse in der untersuchten Gebietseinheit an der Gesamtzahl der Vorfälle im Südlichen Föderalbezirk an. Mit Abstand führen die unmittelbaren Nachbarn Tschetscheniens die Ratingliste an. Am gespanntesten ist die Lage in der größten nordkaukasischen Gebietseinheit Dagestan, die in allen Kategorien führt. Am ruhigsten ist sie in der westlichsten Republik der Region, in Adygeja. Insgesamt verläuft ein Spannungsgefälle von Ost nach West, vom Kaspischen zum Schwarzen Meer. Das Gewalt- und Spannungspotential in den Teilrepubliken Kabardino-Balkarien und Karatschajewo-Tscherkessien im mittleren bis westlichen Abschnitt der Region hat in den letzten Jahren zugenommen. In beiden Republiken sollten laut Mitteilung der Staatsanwaltschaft und der russischen Presse Islamisten den Umsturz der bestehenden Machtstrukturen geplant und versucht haben. Die Mittel dafür hätten sie aus dem Ausland bezogen. In einem streng abgeschirmten Prozeß wurden 30 Personen vor Gericht gestellt, denen neben versuchtem Staatsstreich diverse Gewalttaten zur Last gelegt wurden. Die Angeklagten gaben verschiedene Delikte zu, aber nicht, einen Staatsstreich geplant zu haben. Die Behörden und politischen Führungen der beiden Teilrepubliken behaupten, das Szenario eines islamistischen Staatsstreichs sei gewaltig aufgebläht worden. Es sei lächerlich zu vermuten, daß eine Handvoll Islamisten die Macht in einem Föderationssubjekt der RF an sich reißen könnten.<sup>76</sup>

Russische Quellen weisen seit den späten neunziger Jahren darauf hin, daß sich der radikale Islamismus über die Grenzen Tschetscheniens und Dagestans hinaus verbreitet habe und sich immer weiter in den westlichen Teil des Nordkaukasus und nach Südruß-

<sup>73</sup> Uwe Halbach, Die nordkaukasische Region – Schwachstelle Rußlands, in: Hans-Hermann Höhmann/Hans-Henning Schröder (Hg.), Rußland unter neuer Führung. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts, Münster 2001, S. 87–96.

<sup>74</sup> *Nezavisimaja gazeta*, 20.11.2000.

<sup>75</sup> Il'ja Maksakov, Lideri rejtinga nestabil'nosti – bližajšie sosedi Čečni [Die Führer beim Instabilitätsrating sind die nächsten Nachbarn Tschetscheniens], in: *Nezavisimaja gazeta*, 18.3.2002.

<sup>76</sup> *Vremja novostej*, 5.8.2002.

land ausdehne. Nirgendwo geraten rivalisierende Varianten islamischer Wiedergeburt stärker aneinander. Es sind drei Strömungen, die hier konkurrieren und konfliktieren:

1. der von lokalem Brauchtum, sufitischem Bruderschaftswesen und Heiligenkulten geprägte *Traditionalismus* (nach dem Terminus *tariqa* für Sufi-Orden und ihre jeweilige Praxis wird dieser Traditionalismus häufig als *Tarikatismus*, auch als *Scheichismus* oder *Muridismus* bezeichnet);
2. der offizielle regierungsnahe Islam der Muftis;
3. militant-puristische Strömungen, die pauschal als *wahhabitisch* bezeichnet werden.

Traditionalismus und Muftiatsislam sind miteinander verschränkt, bilden zumindest keinen dichotomischen Gegensatz. Die dritte Strömung steht in Opposition zu den beiden anderen, obwohl auch Querverbindungen zwischen ihr und der Welt der traditionellen Scheichs nicht ausgeschlossen sind. Die Verbreitung fundamentalistischer, militant-puristischer Strömungen im Islam Nordkavasiens ist unschwer als Reaktion auf die soziale, politische und moralische Systemkrise dieser Region zu erkennen. Ihre Vertreter zeigen insofern eine »sezessionistische« Tendenz, als sie weder mit den staatlichen Behörden noch mit der offiziellen Geistlichkeit, noch mit dem traditionellen Clanwesen zu tun haben wollen, sich gegen deren korrupte Strukturen abschotten und ihre eigenen Gemeinden gründen. Das macht sie aus der Sicht der lokalen Regierungen und der offiziellen Geistlichkeit zu Extremisten und Terroristen. Tatsächlich gibt es im Lager dieser Islamisten neben gewaltbereiten sehr wohl auch gewaltlose Kräfte.

Dabei sind alle quantitativen Angaben über die Ausbreitung des radikalen Islamismus unter nordkaukasischen Muslimen ungenau: Aleksandr Malaschenko und Dmitrij Trenin beziffern in einer Studie des Moskauer Carnegie-Instituts aus dem Jahre 2002 den Anteil der Islamisten oder »Wahhabiten« unter der muslimischen Bevölkerung der Region zwischen 5 Prozent und 20 Prozent.<sup>77</sup> Meinungsumfragen in Dagestan vom März 1999 ergaben, daß sich 3 Prozent der 2,1 Millionen Einwohner jener Teilrepublik, in der sich islamische Wiedergeburt intensiver als in jedem anderen Teil Rußlands vollzog, als »Wahhabiten« identifizierten. Die meisten davon lebten in zentralen und

<sup>77</sup> Aleksej Malašenko/Dmitrij Trenin, *Vremja Juga. Rossija v Čečne. Čečnja v Rossii* [Zeit des Südens. Rußland in Tschetschenien. Tschetschenien in Rußland], Moskau: Moskauer Carnegie-Zentrum, 2002, S. 87.

westlichen Landesteilen Dagestans und gehörten zu den Volksgruppen der Awaren, Darginer oder Tschetschenen.<sup>78</sup> Die Verwaltungsapparate in den nordkaukasischen Teilrepubliken sind geneigt, die Zahlen eher niedrig zu halten. Der Innenminister der Republik Kabardino-Balkarien hat angeblich alle »extremistischen Kräfte« in seinem Amtsterritorium, die er auf 300 Personen beziffert, »unter operativer Kontrolle«; von 300 »Wahhabiten« sprechen auch amtliche Quellen in der Nachbarrepublik Karatschajewo-Tscherkessien.<sup>79</sup> In Kabardino-Balkarien verschärfte die Auseinandersetzung mit dem »Wahhabismus« die Spannungen zwischen den beiden Titularnationen, der kabardinischen Mehrheit und der balkarischen Minderheit, weil radikale Islamvarianten unter den Balkaren angeblich weiter verbreitet sind als unter anderen Nationalitäten der Republik. Vor einer Polarisierung zwischen der staatsstreuen Muftiatsgeistlichkeit und nichtkonformistischen Gemeinden (*jamaat*) in dieser Republik warnte der Islamexperte Malaschenko: »Um hier ein Minimum an Stabilität zu wahren, muß der Dialog zwischen Staat, Muftiat und den Leuten aus den »jamaat« gesucht werden. [...] Die geistliche Verwaltung muß Bereitschaft zur Machtteilung zeigen.«<sup>80</sup>

In den Regionen Stawropol, Krasnodar und Rostow hat sich eine Art Pufferzone zwischen Rußland und seinem islamischen »inneren Ausland« gebildet. Aufgrund intensiver Migration aus den krisenhaften oder gar kriegsgeplagten Teilen des Nordkavasiens ist die Bevölkerungszusammensetzung dieser drei Regionen permanenter Veränderung unterworfen. Allein zwischen 1989 und 1997 – also noch vor dem zweiten Tschetschenienkrieg – hat Krasnodar 790 000, Rostow 480 000 und Stawropol 360 000 Migranten aufgenommen. Anfangs handelte es sich vor allem um Russen, die aus Tschetschenien, Dagestan und anderen Teilrepubliken emigrierten oder verdrängt wurden.<sup>81</sup> Nach und nach aber ist der Anteil der Kaukasier an dieser Wanderungsbewegung deutlich größer geworden. Dabei wurde die »Pufferzone« mehr und

<sup>78</sup> Enver Kisriev/Werner J. Patzelt/Ute Roericht/Robert B. Ware, *Political Islam in Dagestan*, in: *Europe-Asia Studies*, 55 (März 2003) 2, S. 287–302.

<sup>79</sup> Malašenko/Trenin, *Vremja Juga. Rossija v Čečne. Čečnja v Rossii* [wie Fn. 77], S. 87, 88.

<sup>80</sup> <<http://www.Regions.Ru>>, 22.8.2002.

<sup>81</sup> Aus Tschetschenien ist in den letzten zehn Jahren die überwältigende Mehrheit der einst 400 000 Russischsprachigen ausgewandert oder geflohen, in Dagestan ist der Anteil der Russen an der Republikbevölkerung von 12 auf 6 Prozent gesunken, in der Hauptstadt Nordossetiens, Wladikawkas, von 50 auf 30 Prozent; *Nezavisimaja gazeta*, 21.1.2003.

mehr zu einer Bühne interethnischer Konflikte, aber auch zu einem Zielgebiet für islamistische Agitation. Vor allem die an Dagestan und Tschetschenien angrenzende Region Stawropol wurde zu einer Spannungszone, in der Kosaken mit ortsansässigen oder immigrierten Tschetschenen, Nogaiern und anderen kaukasischen Ethnien kollidierten. Im Oktober 2002 richtete sich eine Spezialoperation der Miliz gegen islamische Gemeinden (*jamaat*) in einem Bezirk (*Neftekumskij rajon*) der Stawropoler Region, der als Zentrum islamistischer Agitation ins Gerede gekommen war. Obwohl alle dabei Verhafteten Angehörige einer kaukasischen Volksgruppe (Nogaier) waren, wurde in diesem Zusammenhang festgestellt, daß sich islamistische Agitation nunmehr auch in Regionen mit russischer Bevölkerungsmehrheit vollziehe.<sup>82</sup> In der Region Astrachan im südlichen Wolgaraum wurde ebenfalls seit längerem ein Agitationszentrum von Wahhabiten unter Führung eines gewissen Ayub Omarow aus Dagestan ausgemacht. Diese Gruppe ist eine der wenigen, die dieses Etikett auch als Selbstbezeichnung benutzt.

### Islamisierung des Konflikts zwischen Moskau und Tschetschenien

In seinen Kommentaren zum Geiseldrama vom 23. bis 26. Oktober 2002 knüpfte der Kreml erwartungsgemäß an ein Deutungsmuster an, das zur Strategie seiner Legitimierung des zweiten Tschetschenienkriegs geworden war. Rußland kämpft demnach in Tschetschenien gegen eine Aggression des transnationalen islamistischen Terrorismus, wehrt dort eine sich vom Fergana-Tal in Mittelasien bis in den Nordkaukasus erstreckende Offensive religiöser Extremisten gegen nachsowjetische Machtstrukturen ab. Diese Darstellung, die sich seit dem für Moskau demütigenden Ende des ersten Tschetschenienkriegs verfestigte, täuscht freilich über die Spezifik des russisch-tschetschenischen Konflikts und seine historischen Hintergründe hinweg, die Jahrhunderte zurückreichen, bis an die Anfänge der Expansion Rußlands in den Kaukasus, und von extremen Ausmaßen kolonialer Gewalt und Gegengewalt markiert sind.

Bereits im ersten Krieg 1994–1996 berief sich der tschetschenische Widerstand gegen die russische Armee verstärkt auf den »Heiligen Krieg« der muslimischen Bergvölker unter Imam Schamil im 19. Jahr-

hundert und bediente sich der Rhetorik des Dschihad. Der Sezessionsführer Dudajew, der denkbar weit vom Besitz religiöser Autorität entfernt war, brachte dies einmal sinngemäß mit den Worten zum Ausdruck, Moskau habe durch seine Militärmaßnahmen die »tschetschenische Revolution« in den Islam katalysiert. Der Widerstand gegen die russische Armee zog schon im ersten Krieg Freiwillige aus dem islamischen Ausland an, darunter Prediger eines »reinen« und zugleich militant-politischen Islam. Nach dem für die tschetschenische Seite zunächst siegreich erscheinenden Ende des Sezessionskriegs wurde der Islam zur Staatsreligion der »tschetschenischen Republik Itscherien« erklärt. Doch der Islam wurde nicht wie erhofft zum Ferment einer erfolgreichen Staats- und Nationsbildung, sondern zur Waffe in inneren Machtkämpfen. Und es darf mit Recht bezweifelt werden, daß Akteure in diesen Kämpfen wie der Kriegsherr Bassajew sich aus religiösem Antrieb in das Lager des Islamismus begaben.<sup>83</sup>

Das zerstörte Nachkriegs- oder Zwischenkriegstschetschenien erlebte seine *Afghanisierung* und scheiterte mit dem Projekt der Bildung einer unabhängigen Nation, obwohl dafür nach dem gewonnenen Sezessionskrieg starke Impulse bestanden hatten. Für dieses Scheitern waren neben der Haltung Rußlands, das über die Aufrechterhaltung der internationalen Isolation des Sezessionsregimes eifersüchtig wachte, jede Kontaktaufnahme des Auslands mit Vertretern dieses Regimes als Affront bewertete und seinen Wiederaufbauverpflichtungen aus dem Friedensvertrag mit Tschetschenien nicht nachkam, innere Ursachen verantwortlich. Einer Nationsbildung standen starke pränationale, partikularistische Kräfte und widrige Umfeldbedingungen entgegen: die Zergliederung der tschetschenischen Gesellschaft in lokale Sippen und Sippenverbände, das Fortbestehen privater Armeen unter der Führung eigensüchtiger Kriegsherren, der mißlungene Versuch einer Integration durch Islamisierung.<sup>84</sup> Daß Aslan Maschadow, der

<sup>83</sup> Zu den islamistischen Kräften und religiösen Motivationen in der innertschetschenischen Krise vgl. Karl Grobe-Hagel, *Tschetschenien. Rußlands langer Krieg*, Köln 2001, S. 144–148; Matthew Evangelista, *The Chechen Wars. Will Russia Go the Way of the Soviet Union?*, Washington, D.C.: Brookings Institution Press, 2002, S. 71–73.

<sup>84</sup> Siehe dazu besonders Otto Luchterhand, *Tschetscheniens Versuch nationaler Unabhängigkeit: innere Ursachen seines Scheiterns*, in: *IFSH (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg)* (Hg.), *OSZE-Jahrbuch 2000*, Baden-Baden 2000, S. 189–214.

<sup>82</sup> *Izvestija*, 18.10.2002; *Nezavisimaja gazeta*, 23.10.2002.

Führer der bewaffneten Widerstandskräfte im ersten Krieg, im Januar 1997 zum Präsidenten Tschetscheniens gewählt wurde – es war eine der am korrektesten durchgeführten Wahlen im postsowjetischen Raum, die von der OSZE beobachtet wurden –, war noch Ausdruck eines nationalen Willens zum Neuanfang gewesen. In Rußland atmete man auf, weil sich Maschadow mit 59 Prozent der Wählerstimmen gegen seinen in Moskau weit weniger genehmen Konkurrenten Schamil Bassajew durchgesetzt hatte. Eine große Mehrheit der Bevölkerung Tschetscheniens zeigte sich anfangs noch überzeugt, daß es in ihrem Land keine afghanische Entwicklung geben werde.

Doch in der Folgezeit entstand ein verwirrendes Gerangel mit schillernden Überlappungszonen zwischen Regierungs- und Oppositionskräften, gemäßigten und radikalen politischen und religiösen Richtungen, staatlichen und kriminellen Strukturen. Ein westlicher Kaukasusexperte reduzierte diese Vielfalt mit Hilfe einer einfachen Formel: Es gehe nicht um die ideologische Ausrichtung der Staatlichkeit Tschecheniens, sondern um den Zusammenstoß von Kräften, die Staatlichkeit verbunden mit dem Gewaltmonopol einer legitimen Regierung wollen, und solchen, die an einer ihren eigenen Zwecken förderlichen Anarchie interessiert sind. Zu den »Anarchisten« gehörten die autonomen Feldkommandeure, die sich im Krieg ihre privaten Lokalfürstentümer mit diversen Einnahmequellen, zum Beispiel Ölbohrstellen, erworben hatten.<sup>85</sup>

Präsident Maschadow versuchte in dieser Situation, einige seiner Gegner wie Schamil Bassajew in die Regierung einzubinden, und setzte dem radikalen Islamismus einen tschetschenischen »Volksislam« entgegen: »Wir versuchen in Tschetschenien einen islamischen Staat aufzubauen, der die Werte des tschetschenischen Volks, den Volksglauben nicht verletzt.«<sup>86</sup> 1998 wurden aber politische und religiös-politische Konflikte bereits mit militärischer Gewalt ausge tragen. Im Juli kam es zu heftigen Kämpfen zwischen der Nationalgarde Maschadows und islamistischen Oppositionsgruppen in der Stadt Gudermes. Das Oppositionslager bestand aus verschiedenen islamistischen Gruppierungen sowie prominenten Feldkommandeuren und ihren Truppen, die sich der »permanenten Revolution« gegen Rußland verschrieben hatten und den Sezessionsführer Dudajew zu ihrem Märtyrer

<sup>85</sup> Thomas *de Waal*, *Watching Chechnya from Within*, in: *Transition*, (Oktober 1998), S. 74–77.

<sup>86</sup> Interview in: *Obščaja gazeta*, (1998) 7, S. 7.

verklärten, während sie Maschadow Rußlandhörigkeit vorwarfen. Es wurde personifiziert von »Kriegshelden« wie Bassajew, von Gewaltunternehmern und Kriminellen wie Arbi Barajew und arabischen Mudschahe-din wie dem berüchtigten Emir Chattab. Diese Kräfte ordneten sich der Regierung Maschadow und der offiziellen, von Republik-Mufti Ahmad Kadyrow angeführten Geistlichkeit nicht unter und schufen parallele Gewaltstrukturen.

In das islamistische Oppositionslager wechselten auch politische Protagonisten der nationalen Unabhängigkeitsbewegung wie das Propaganda-Genie des ersten Tschetschenienkriegs, der spätere Außenminister Udugow, oder der erste Nachfolger Dudajews im Präsidentenamt, Jandarbijew. In diesem Lager bildeten sich Organisationen wie der »Kongreß der Völker Itschkeriens und Dagestans«, die mit einem islamischen Dschihad gegen russische Oberherrschaft eine Brücke in andere Regionen des Kaukasus schlagen wollten. Islamistische Dynamiken blieben somit nicht mehr auf den Schauplatz innertschetschenischer Machtkämpfe beschränkt. Die »Wahhabiten« Tschetscheniens lieferten mit ihren Übergriffen auf Dagestan im August 1999 Moskau den entscheidenden Vorwand für eine Wiederaufnahme kriegerischer Handlungen, die freilich bereits zu einem früheren Zeitpunkt geplant worden waren.<sup>87</sup> Moskau hatte in der Zwischenkriegszeit nichts dazu getan, die Regierung in Grosny zu stärken, obwohl Präsident Maschadow 1998/99 um Kooperation im Kampf gegen kriminelle Banden und islamistische Gewaltakteure gebeten hatte. Russische Geheimdienste arbeiteten möglicherweise sogar mit Kräften in Tschetschenien zusammen, die sich gegen den gewählten Präsidenten erhoben und nach dem Beginn des zweiten Kriegs erstaunlicherweise vom Zugriff der russischen Streitkräfte verschont blieben.

Doch zurück zur Zwischenkriegszeit: Von beiden Seiten, den radikalen Oppositionskräften und der Regierung Maschadows, wurde ein Islamisierungsprozeß in Gang gesetzt, der zu Änderungen am Text der 1992 verabschiedeten säkularen Verfassung und zur Einführung von Scharia-Elementen in das Rechtsleben der Republik führte. Maschadow wollte mit sol-

<sup>87</sup> Zum Dagestan-Konflikt im August 1999 vgl. Johannes *Rau*, *Der Dagestan-Konflikt und die Terroranschläge in Moskau 1999*. Ein Handbuch. *Bewaffnete Konflikte nach dem Ende des Ost-West-Konflikts* (herausgegeben von Hans *Krech*), Bd. 10, Berlin 2002; zum zweiten Tschetschenienkrieg: Hans *Krech*, *Der Zweite Tschetschenienkrieg (1999–2002)*. Ein Handbuch, ebd., Bd. 11, Berlin 2002.

chen Maßnahmen der Opposition mit ihren islamistischen Parolen den Wind aus den Segeln nehmen. Die Verfassungsänderung, die aus Tschetschenien eine »islamische Republik« und damit die krasse Ausnahme unter allen politischen Entitäten des postsowjetischen Raums machte, löste den Konflikt aber keineswegs auf.

Der »islamische Staat« war zu keinem Zeitpunkt eine Mehrheitsoption der tschetschenischen Bevölkerung. Als im Dezember 2000 und Januar 2001 1500 Tschetschenen in Grosny und anderen Städten und Siedlungen (Snamenskoje, Schali, Urus-Martan, Alchan-Jurt) unter anderem zu ihrem Verhältnis zu einem religiös begründeten Staatswesen befragt wurden, votierten an die 90 Prozent für eine säkularistische Staatsform.<sup>88</sup> Auch bei anderen Umfragen kamen Anhänger einer strengen Orientierung am Islam als einer Gesetzesreligion, die säkulare Staats- und Rechtsgrundlagen ausschließt, kaum über sieben Prozent, wobei diese Option im südlichen Gebirgstiel des Landes und Rückzugsgebiet der Krieger (*bojewiki*) stärkeren Zuspruch findet als in den zentralen und nördlichen Landesteilen. Der fundamentalistische Islam steht in starkem Kontrast zu den in Tschetschenien und im gesamten Nordkaukasus verwurzelten religiösen Praktiken, die mit Heiligenkulten und dem lokalen Gewohnheitsrecht (*adat*) verwoben sind.

Obwohl die Regierungen sämtlicher Staaten der islamischen Welt mit Ausnahme des damaligen Taliban-Emirats in Afghanistan die Sezession Tschecheniens nicht anerkannten und sich mit Kritik an den Kriegsakten Moskaus im Nordkaukasus zurückhielten, war in russischen Medien unablässig von einer möglichen indirekten Unterstützung separatistischer und islamistischer Bewegungen im postsowjetischen Raum, insbesondere im Nordkaukasus, durch diese Länder die Rede. Dazu trugen Kontakte Bassajews, Jandarbijews, Udugows oder Chattabs zum islamischen Ausland bei, Reisen nach Saudi-Arabien, in die arabischen Golfstaaten, nach Afghanistan und Pakistan, ebenso informelle Vertretungen Grosnys in der Türkei und anderen Ländern. Offiziell gewährte das islamische Ausland den tschetschenischen Separatisten keine Hilfe. Die Regierungen im Mittleren Osten durften angesichts ihrer eigenen innerstaatlichen Konfliktpotentiale nicht einmal im Traum daran denken, eine Sezessionsbewegung zu unterstützen. Daher kann die häufige Beschwerde der tschetschenischen Seite nicht verwundern: »Bis jetzt hat nicht ein einziges islamisches Land uns die Unterstützung ge-

währt, mit der wir gerechnet haben«, klagte Jandarbijew einmal in Katar.<sup>89</sup>

Aus nichtstaatlichen Quellen flossen jedoch durchaus Finanzhilfen und andere Unterstützungsleistungen an die vom Krieg zermürbte Bevölkerung Tschecheniens und an die militärischen Kontrahenten Rußlands. Nach russischen Angaben handelt es sich unter anderem um Organisationen in Kuwait (Organisation islamischer Rettung Tschecheniens, Gesellschaft für Sozialreform u.a.), Katar (Wohltätigkeitsgemeinschaft Katars, Stiftung Id Ben Muhammad u.a.), Bahrain (Versammlung für Reform), Jemen (Organisationen im Umfeld der Al-Islah-Partei) und in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Besondere Erwähnung finden Länder mit Bevölkerungsgruppen nordkaukasischer Herkunft wie die Türkei und Jordanien. Schon in der Perestrojka-Periode knüpften die autonomen nordkaukasischen Gebiete der RSFSR kulturelle und wirtschaftliche Kontakte zu ihren mittelöstlichen Diasporagemeinden, deren Mitglieder zum Teil im politischen und militärischen Machtapparat ihrer Wohnländer sitzen. Im Januar 2000 organisierten eine »Gesellschaft der Freunde Tschecheniens und Inguschetiens« und die jordanische Filiale der Moslembrüder ein Festival »Solidarität mit Tschechenien« bei Amman. Laut russischen Angaben brachten allein die jordanischen Moslembrüder seit 1999 mehr als 20 Millionen Dollar für die bedrängten Glaubensbrüder in Tschechenien auf.<sup>90</sup>

Ist schon die moralische und finanzielle Unterstützung islamistischer Kräfte in Tschechenien und im weiteren Nordkaukasus ein erhebliches Ärgernis für Moskau, gilt dies erst recht für die Teilnahme ausländischer Muslime an den Kampfhandlungen in Tschechenien. Die Angaben schwanken hier gewaltig und sind kaum verifizierbar. Schon für den ersten Tschechenienkrieg machten russische Quellen kraß überzogen erscheinende Mitteilungen, die den Verdacht propagandistischer Instrumentalisierung erregten. Beim »islamistischen Angriff« auf Dagestan im August 1999, der den zweiten Krieg auslöste, identifizierten russische Quellen Freiwillige aus Afghanistan, Pakistan, Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien, Jemen und der Türkei unter den Kämpfern. Laut Mitteilung des russischen Verteidigungsministeriums gelangten allein bis Oktober 1999 300 Kämpfer aus dem Mittleren Osten in die Kampfgebiete. Ihre An-

<sup>89</sup> Zitiert bei Poljakov, Vlijanie vnešnego faktora na radikalizaciju islama v Rossi v 90-e gody XX.v. [wie Fn. 11], S. 273.

<sup>90</sup> Ebd., S. 276.

<sup>88</sup> Jamestown Monitor. Chechnya Weekly, 2 (15.2.2001) 7.



werbung und ihren Transfer sollen Stiftungen wie »Al-Haramein« organisiert haben. Zum personifizierten Beleg für die These, man habe den »Krieg gegen Rußland in Tschetschenien« als einen der Schauplätze eines Weltkriegs islamistischer Terroristen aufzufassen, erhob Moskau lange vor 11. September 2001 den Jordanier Chattab, unter dessen Kommando in beiden Kriegen ausländische Einheiten auf seiten der tschetschenischen Widerstandskämpfer standen.

Seit Mitte der neunziger Jahre änderte sich also auf beiden Seiten die Interpretation des Konflikts. Russische Kommentare stellten nach 1996 die Niederlage im ersten Tschetschenienkrieg als Schwächung Rußlands gegenüber dem internationalen islamischen Fundamentalismus dar. In Rußland verstärkte sich die Tendenz, den Konfliktgegner im Nordkaukasus durch das Prisma gewaltorientierter Dschihad-Bewegungen zu sehen und den gesamten Islam in Rußland und im postsowjetischen Raum durch das des Tschetschenienkonflikts. Auf der Gegenseite boten besonders seit dem Ausbruch des zweiten Tschetschenienkriegs pro-tschetschenische Websites islamistische Propaganda und verbreiteten Aufrufe an die islamische Welt zur Solidarität mit dem Dschihad in Tschetschenien. Die islamistische pro-tschetschenische Website [www.qoqaz.com](http://www.qoqaz.com) bezeichnete den zweiten Tschetschenienkrieg beispielsweise als einen »Kreuzzug der Streitkräfte des Unglaubens (Christentum, Judentum, Kommunismus, Atheismus) gegen den Islam«. Auf diese Weise vollzog sich in der Öffentlichkeit Rußlands eine *Islamisierung des Tschetschenienkonflikts* und eine *Tschetschenisierung der Islamperzeption*.

Im zweiten Tschetschenienkrieg bereitete dann vor allem das brutale Vorgehen der russischen Streitkräfte gegen die Zivilbevölkerung in Teilen des Widerstandslagers den Boden für die Orientierung am Dschihad. Vor Ort tätige NGOs schätzen, daß derzeit etwa 10 Prozent der Bevölkerung auch die an sich eher verhassten islamistischen Formationen aufgrund dieser Erfahrung unterstützen. Deren Gewalt richtet sich zunehmend gegen eigene Landsleute, die als »pro-russisch« angesehen werden. In den letzten Monaten des Jahres 2002 fielen immer häufiger prominente islamische Geistliche, zahlreiche Beamte der lokalen Kadyrow-Regierung und vor allem Mitglieder der etwa 10 000 Mann starken tschetschenischen Polizeikräfte Selbstmordattentaten und anderen Terrorakten zum Opfer. In den vergangenen zwei Jahren sind 256 einheimische Polizisten bei Anschlägen ums Leben

gekommen.<sup>91</sup> Durch diese Vorfälle wird die von Moskau verkündete Politik der »Tschetschenisierung« des Konflikts ad absurdum geführt.

Islamistische Kader haben effektiv operierende Netzwerke in Tschetschenien geschaffen, berichtet Ende 2002 ein tschetschenischer Journalist aus Grosny.<sup>92</sup> Viele von ihnen sind in die Reihen der regulären Polizeikräfte eingedrungen, unterwandern die Abteilungen des Innenministeriums. Informanten aus diesem Apparat teilen mit, daß ein vom russischen »Feldzug gegen Extremisten« kaum berührtes Dschihad-Netzwerk in allen Teilen Tschetscheniens existiere. Es wird aus »jamaat«, kleineren Kampfzellen, gebildet, für die junge Tschetschenen rekrutiert werden, überwiegend solche, die Angehörige bei Säuberungsaktionen der russischen Armee verloren haben. »Sie beobachten Landsleute, die mit den russischen Behörden zusammenarbeiten, und erstellen Listen aller lokalen Beamten. Dann trifft ein Scharia-Gericht ein Todesurteil in Abwesenheit, das bei erster bester Gelegenheit zu vollstrecken ist.«<sup>93</sup>

Neben dem Drang nach Vergeltung für den Mord an Verwandten gibt es noch ein weiteres wesentliches Motiv, sich dem Dschihad anzuschließen. Der erste Tschetschenienkrieg hinterließ islamistische Feldkommandeure in ebenso einträglichen wie ökonomisch einflußreichen Positionen. Einige Kriegsherren wurden durch Entführungen und illegale Ölgeschäfte reich. Auf der anderen Seite herrscht eine enorme Arbeitslosigkeit in der Republik, deren schon vorher geschwächte Wirtschaft von zwei Kriegen vollends ruiniert wurde. Diese Situation treibt arbeits-, bildungs- und orientierungslose Jugendliche in Netzwerke hinein, die ihre Rekruten eben nicht nur islamistisch indoktrinieren, sondern auch ernähren, kleiden und bezahlen: »Wenn jemand beitrat, wurde ihm eine Waffe ausgehändigt und er wurde zu einem regelrechten »Mudjahid«, teilt ein ehemaliges Mitglied der »Scharia-Garde« eines Feldkommandanten dem Kaukasusdienst des Londoner Institut for War and Peace Reporting mit. »Wenn du eine ganze Gruppe von Leuten mit dir brachtest, dann händigten sie dir eine Funkausrüstung, einen geländetüchtigen Wagen und Waffen für deine Leute aus. Du wurdest dann zum Amir, zum Kommandeur deiner Gruppe. Wir haben

<sup>91</sup> Chechen Violence Turns Inward, in: The Wall Street Journal, 30.12.2002.

<sup>92</sup> Umalt Dudayev (Pseudonym), Chechens Fear »Wahhabi« Threat (CRS Nr. 160, 19.12.2002), <[http://www.iwpr.net/index/archive/cau/cau\\_200212\\_160\\_2\\_eng.txt](http://www.iwpr.net/index/archive/cau/cau_200212_160_2_eng.txt)>.

<sup>93</sup> Ebd.

so im Durchschnitt 100 bis 300 US-Dollar im Monat verdient.«<sup>94</sup>

Im letzten Jahr zeichnete sich eine Transformation des tschetschenischen Widerstands ab, die Konsequenzen für die weitere Konfliktperspektive im Nordkaukasus haben wird. Sie umfaßt zwei wesentliche Wandlungsprozesse: Erstens einen Generationswechsel bei den *bojewiki*, bei denen nun eine Altersgruppe bestimmend wird, die beim Ausbruch des ersten Tschetschenienkriegs im Teenageralter war und bisher nichts als Unruhe, Gewalt und Krieg in ihrer Heimat erlebt hat. Diese Kriegsgeneration hat im Unterschied zu der noch unter sowjetischen Bedingungen sozialisierten, in der Deportation in Kasachstan aufgewachsenen Generation Maschadows und der Exponenten der »tschetschenischen Sezession« vom Beginn der neunziger Jahre keine Verbindungen mehr, die über Tschetschenien hinaus nach Rußland reichen. Zweitens den Wandel der Kampfmotivation und Identifikationsmuster: von ethno-nationalistischen zu islamistischen Prinzipien, vom Sezessionskampf zum Dschihad, vom Separatisten zum Märtyrer und Selbstmordattentäter. Interviews mit Familienangehörigen der Geiselnahmer in der Moskauer »Nord-Ost-Tragödie« vom Oktober 2002 zeigen diesen Wandel. »Wer verstehen will, warum das alles passiert ist, der muß die letzten zehn Jahre in Tschetschenien gelebt haben. Sonst begreift er es nicht. Ich kann jeden Moment erschossen werden. Mein Leben ist weniger wert als das einer Mikrobe« – so eine der Aussagen aus dem familiären Umfeld der Geiselnahmer.<sup>95</sup>

Die Darstellung vom islamistischen Terrorismus, von der Moskau die Legitimation für seine Anti-Terror-Operation im Kaukasus ableitet, könnte zur *self-fulfilling prophecy* werden. Das Jahr 2002, das mit dem Moskauer Geiseldrama den *protracted war* im Nordkaukasus brutal in Erinnerung brachte und sich mit einem der bislang verheerendsten Terroranschläge in Tschetschenien verabschiedete,<sup>96</sup> machte diese Dyna-

mik unübersehbar. Hier droht sich ein Zeitfenster für die politische Lösung des Konflikts zu schließen. Denn mit Konfliktgegnern, die sich als *smertniki*, als Todgeweihte und Märtyrer präsentieren, wird Moskau kaum noch über eine »politische Lösung« des Tschetschenienkonflikts verhandeln können.

### Islam und Politik in Dagestan

Gäbe es den Sonderfall Tschetschenien nicht, stünde die Nachbarrepublik Dagestan, die größte nordkaukasische Teilrepublik, im Mittelpunkt der Berichterstattung über Probleme islamischer Wiedergeburt in dieser Region. Denn ihre relevanten Aspekte sind hier am stärksten ausgeprägt: der Widerstreit unterschiedlicher Islamrichtungen, das Problem des politischen Islam,<sup>97</sup> die Bildung dissidentischer Islamgemeinden (*jamaat*), der Schulterenschluß zwischen der offiziellen Geistlichkeit und der Regierung in der Frontstellung gegen islamistische Oppositionskräfte, die Exponiertheit gegenüber Tschetschenien und die krisenhaften politischen und sozialökonomischen Rahmenbedingungen.

Islamische Wiedergeburt ging in Dagestan weiter als in allen anderen Muslimregionen der RF, wenn nicht des gesamten postsowjetischen Raums. In der Republik, in der am Ende der Sowjetzeit gerade noch 18 Moscheen geöffnet waren, werden heute 1500 Moscheen gezählt, ungefähr so viele wie zu Beginn der Ära der Sowjetunion. Heute existieren 422 religiöse Lehranstalten mit insgesamt 14 000 Schülern, mehrere islamische Periodika erscheinen – unter anderem *Assalam*, *Nur ul Islam*, *Islamischer Bote*. Verschiedene islamische Parteien, gesellschaftliche Bewegungen, Stiftungen und Vereinigungen beteiligen sich am politischen Leben in der Republik. Aus Dagestan kommen mit Abstand die meisten Mekka-Pilger der gesamten muslimischen Gemeinde der RF.<sup>98</sup> Aller-

<sup>94</sup> Ebd.

<sup>95</sup> Zu diesen Interviews siehe Süddeutsche Zeitung, 20.12.2002.

<sup>96</sup> Am 27. Dezember sprengte ein Selbstmordattentäter das größte Gebäude in der Republik, den Sitz der Regierung in Grosny, in die Luft. Mehr als 60 Todesopfer waren zu beklagen. Russische Geheimdienste wiesen zunächst Maschadow die Verantwortung für diesen Terrorakt zu, dann seinem Rivalen Abu al Walid vom radikal-islamistischen Flügel im Lager des bewaffneten Widerstands, einem mutmaßlichen Bin-Laden-Freund aus Saudi-Arabien, der als Vize-Kommandeur der Rebellen fungiert. Mit diesem Anschlag wurden die Pläne des Kreml, im März 2003 ein Verfassungsreferendum

und danach Präsidentenwahlen in der abtrünnigen Republik durchzuführen, als grotesker Versuch vorgeführt, eine Attrappe von »Normalisierung« und »Tschetschenisierung« des Konflikts aufzubauen.

<sup>97</sup> Siehe dazu Enver Kisriev/Robert B. Ware, Irony and Political Islam: Dagestan's Spiritual Directorate, in: Nationalities Papers, 30 (2002) 4, S. 663–689; Kisriev/Patzelt/Roericht/Ware, Political Islam in Dagestan [wie Fn. 78].

<sup>98</sup> Garun Kurbanov, Religija v postsovetskom Dagestane. Sociologičeskie aspekty [Religion im postsowjetischen Dagestan. Soziologische Aspekte], in: Central'naja Azija i Kavkaz (Lulea), 6 (2002) 24, S. 149–157; Malašenko, Islamskie orientiry Severnogo Kavkaza [wie Fn. 4], S. 79–103.

dings verläuft die islamische Wiedergeburt im Völkerlabyrinth Dagestans ethnisch stark differenziert. Politisch gehört Dagestan zu jenen Föderationssubjekten der RF, deren Machtstrukturen noch am stärksten konservativ-sowjetisch geprägt sind.

Dagestan ist die Gebietseinheit der RF mit der größten Vielfalt autochthoner Volksgruppen. 14 Hauptnationalitäten sind in einem labilen ethnopolitischen System repräsentiert, weitere zwei Dutzend kleinere Volksgruppen sind das nicht. Die russische Minderheit ist durch Auswanderung stark dezimiert und liegt derzeit bei 6 Prozent der insgesamt 2,14 Millionen Einwohner. Die verschiedenen Nationalitäten versuchten, ihre eigenen Muftiate einzurichten. Der offizielle Islam folgte auch hier zunächst der ethnisch-territorialen Aufgliederung beim und nach dem Zerfall der Sowjetunion. Erst durch Anstrengung der Republikregierung konnte diese Zersplitterung aufgehoben und eine republikweite »Geistliche Verwaltung der Muslime Dagestans« (DUMD) errichtet werden. Pluralismus kennzeichnet vor allem das Scheich- und Bruderschaftswesen, das Hauptsegment des lokalen Islam. 15 größere Tarikat-Zweige mit überwiegend ethnisch einheitlicher Gefolgschaft wurden im zurückliegenden Jahrzehnt registriert.

Die Republikregierung und die in der Tarikat-Tradition stehenden Scheichs kooperierten verstärkt gegen einen neuen Spieler auf der religiös-politischen Bühne. Nach dem Ende des ersten Tschetschenienkriegs tauchten bewaffnete islamistische Formationen in einigen Landesteilen Dagestans auf. Im Krieg sind Verbindungen zwischen tschetschenischen und dagestanischen Islamisten geknüpft worden. Junge Dagestaner waren in Militärlagern in Tschetschenien teilweise von ausländischen Instruktoren ausgebildet worden und bauten nach ihrer Rückkehr in ihrer Heimatrepublik islamistische Zellen auf. Es entstanden Gemeinden (*jamaat*) mit einer Orientierung an der Scharia, die sich gegenüber den lokalen und republikweiten Machtstrukturen konfrontativ verhielten.<sup>99</sup> Bewaffnete Gruppen formierten sich, die ihre eigenen Gerichte und ihre eigene Polizei schufen. Der Konflikt zwischen »Wahhabiten« und Vertretern des traditionellen Islam sorgte für erhebliche Spannungen in den einzelnen Volksgruppen, Siedlungen, ja selbst

Familien Dagestans. Religiös-politische Spannungen innerhalb der ethnischen Segmente der Republik fielen stärker ins Gewicht als interethnische Trennlinien. In einigen Siedlungen kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Querverbindungen zwischen islamistischen Akteuren in Dagestan und solchen in Tschetschenien im Rahmen von Organisationen wie dem von Schamil Bassajew gegründeten und geführten Kongreß der Völker Itschkerijas und Dagestans verschärfte die Spannungen, ebenso Querverbindungen zu politischen Abenteurern wie den Brüdern Chatschilajew, die im Mai 1998 einen Putsch gegen die Republikregierung versuchten.

Daraufhin starteten die Republikbehörden eine öffentliche Kampagne gegen »Wahhabiten«. Die Führer der offiziellen geistlichen Verwaltung mobilisierten die Bevölkerung gegen ihre islamistischen Herausforderer. Der später ermordete Mufti Abubakarow bediente sich zu diesem Zweck einer ausgesprochenen Dschihad-Rhetorik: Wer einen »Wahhabiten« töte, gehe ebenso unmittelbar ins Paradies ein wie jemand, der von einem »Wahhabiten« getötet werde.<sup>100</sup> Die Konfrontation erreichte ihren Höhepunkt im Jahr 1999: Die Siedlungen Karamachi, Tschabanmachi und Kadar erklärten sich im Frühjahr zu eigenständigen »islamischen Territorien«; im Sommer griffen islamistische Kampfgruppierungen aus Tschetschenien mit Parolen eines pankaukasischen Dschihad gegen russische Oberherrschaft in einigen Siedlungen Dagestans in das Geschehen ein, die sich im Aufstand gegen die Republikbehörden befanden. Es folgte die Militärintervention Moskaus in Dagestan im August und in Tschetschenien seit September 1999 sowie die Verabschiedung eines Republik-Gesetzes »Über das Verbot wahhabitischer und anderer extremistischer Aktivitäten« in Dagestan. Dieses Gesetz erklärte die Geistliche Verwaltung zur obersten Religionsbehörde, ermächtigte sie zur Kontrolle über alle religiösen Erziehungsaktivitäten in Dagestan und drohte allen Strafe an, die sich dieser Kontrolle zu entziehen versuchten.

Außerdem unterstützte die Republikregierung nun verstärkt die konservative Schicht der lokalen Scheichs, stärkte deren Stellung innerhalb der Geistlichen Verwaltung und ihren Einfluß auf das politische Leben in der Republik. Ein Drittel des Republikparlaments soll bereits aus Mitgliedern der traditio-

<sup>99</sup> Robert Bruce Ware/Enver Kisriev, *The Islamic Factor in Dagestan*, in: *Central Asian Survey*, 19 (2000) 2, S. 235–252; Yaacov Ro'i, *Islam in the CIS. A Threat to Stability?*, London: Royal Institute of International Affairs, 2001, S. 43–47.

<sup>100</sup> Zitiert bei Moshe Ganner, *Walking the Tightrope between Nationalism(s) and Islam(s): The Case of Daghestan*, in: *Central Asian Survey*, 21 (2002) 2, S. 133–142 (138).

nellen Tarikat-Elite bestehen, die nicht unbedingt einen »aufgeklärten«, »liberalen«, mit Säkularismus kompatiblen Islam repräsentiert. Einer der mächtigsten Führer unter den Scheichs, Said Afandi, hat sich für die vollständige Islamisierung des Bildungswesens und die schrittweise Einführung der in den zwanziger Jahren abgeschafften Scharia in Dagestan ausgesprochen. Während die »Wahhabiten« lauthals den »islamischen Staat« proklamierten, betreiben diese von den Machtstrukturen der RF und Dagestans unterstützten Kräfte eine »stille Theokratisierung«.<sup>101</sup>

Die Dichotomie von *Tarikatismus* und *Wahhabismus*, die der staatlichen Politik zugrunde liegt, ist allerdings fragwürdig. In der Geschichte des Nordkaukasus, vor allem im »Heiligen Krieg« der muslimischen Bergvölker gegen die russische Kolonialmacht im 19. Jahrhundert, waren es besonders Sufi-Bruderschaften (Nakschbandi, Qadiri u.a.), die für die Durchsetzung der Scharia gegen die lokalen, ethno-spezifischen Rechtstraditionen eintraten, um die Bergvölker in einen islamischen Widerstandsstaat zu integrieren. Die Trennung eines »sanften sufitischen« von einem »radikalen wahhabitischen«, eines mystischen von einem rigiden gesetzesorientierten Islam ist vor diesem Hintergrund künstlich und insofern wenig überzeugend. Die staatliche Kampagne gegen »Wahhabiten« hat den Einfluß des politischen Islam zudem eher verstärkt. Neuere demoskopische Studien in Dagestan zeigen dies. So optierten bei der Frage »In welchem Staat möchten Sie leben, in einem weltlichen oder einem theokratischen?« immerhin 26 Prozent für den religiös gebundenen Staat. In der größten dagestanischen Volksgruppe der Awaren fiel das Votum noch deutlicher aus (45 Prozent der Befragten).<sup>102</sup>

**101** Dazu Gadži Magomedov in: *Nezavisimaja gazeta*, 7.8.2001; Vladimir Bobrovnikov, *Islam na postsovetskom Severnom Kavkaze (Dagestan): Mify i realii* [Islam im postsowjetischen Nordkaukasus (Dagestan): Mythen und Realitäten], in: *Islam na postsovetskom prostranstve* [wie Fn. 6], S. 72–99.

**102** *Kurbanov*, *Religija v postsovetskom Dagestane* [wie Fn. 98], S. 153.

## Die außenpolitische Dimension

### Islamismus und Tschetschenien als Thema russischer Außenpolitik gegenüber Staaten der islamischen Welt

Rußlands nähere und fernere islamische Nachbarschaft besteht aus sechs Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit im GUS-Raum sowie aus Staaten im Mittleren Osten, die in früheren Zeiten bevorzugte Adressaten sowjetischer Orientpolitik waren. Gemeinsame Bekämpfung islamistischer Terrorgruppen ist für Moskau zu einem wichtigen Thema für bi- und multilaterale Kooperation im post-sowjetischen Raum und mit Anrainern dieses Raums wie China geworden. Nachdem im Sommer 1999 islamistische Kampfaktivitäten in Grenzregionen Mittelasiens mit den Kämpfen in Dagestan und dem Beginn des zweiten Tschetschenienkriegs zusammenfielen, gewann dieses Thema für sicherheitspolitische Zusammenarbeit in eurasischen Formaten wie dem GUS-Sicherheitspakt und der Kooperation zwischen Rußland, zentralasiatischen Staaten und China (Schanghai-Fünf, seit 2001 Schanghai-Organisation) an Aktualität. Nach dem 11. September schien Rußland zunächst die sicherheitspolitische Initiative in Zentralasien an die USA zu verlieren. Doch seit 2002 unternahm es wieder deutliche Anstrengungen, seinen strategischen Einfluß in der Region zu festigen – zwar nicht in offener Konfrontation gegenüber seinem neuen Kooperationspartner USA, aber doch in der Absicht, Zentralasien nicht vorwiegend westlicher Sicherheitspolitik zu überlassen.

Ein Hauptthema russischer Politik ist die Gefahr islamistischer Unterwanderung postsowjetischer Gesellschaften und Staaten. Es findet offene Ohren bei zentralasiatischen Regierungen, die in islamistischer Oppositionsbildung eine Hauptherausforderung für ihre nur schwach legitimierte, von Demokratisierung weit entfernte Herrschaft sehen. Im Februar 2002 nahm Moskau zwei islamistische Organisationen, die von einigen Regimen in Zentralasien als Todfeinde angesehen werden – die propagandistisch aktive *Hizb-ut-Tahrir* und die auch militärisch aktiv gewordene *Islamische Bewegung Usbekistans* –, in seine Liste von Terrororganisationen auf, obwohl beide bislang nicht auf dem Territorium Rußlands tätig geworden sind.

Umgekehrt stellt es Tschetschenien als ein zentrales Segment eines globalen, vor allem aber eurasischen islamistischen Aktionsbogens dar und ist bemüht, tschetschenische Rebellen mit al-Qaida-artigen Netzwerken in Verbindung zu bringen.

Rußlands Außenpolitik gegenüber Staaten in der islamischen Welt ist nur sehr bedingt von Fragen des Islam bestimmt. Religion, Kultur, Ideologie und davon beeinflusste Sympathien oder Antipathien treten besonders in der Außenpolitik unter Putin hinter pragmatische wirtschaftliche und strategische Interessen zurück. Der halbstaatliche Exportsektor mit seinen Erdöl- und Erdgasfirmen und die Rüstungs- und Kernkraftindustrie, für die das arabische und islamische Ausland immer noch einen wichtigen Absatzmarkt bildet, nehmen auf die russische Politik zweifellos mehr Einfluß als religiöse Institutionen. Die aktuelle Frage, wie sich Moskau zu einem Krieg gegen den Irak stellt, hat mit Rußlands Verhältnis zu den Muslimen auf den ersten Blick nichts zu tun, eher mit dem russisch-amerikanischen und dem russisch-europäischen Verhältnis und mit ökonomischen Interessen im Irak. Aber daß die öffentliche Meinung in Rußland einem solchen Krieg bis vor kurzem weniger kritisch gegenüberstand als die in Deutschland und Frankreich, daß sie eine veränderte Mittelost- und Israelpolitik Moskaus akzeptiert, die von sowjetischen Bündnisbeziehungen zu arabischen Staaten wenig übrigläßt, hat letztlich doch mit einer veränderten Einstellung gegenüber Muslimen zu tun. Der lange Krieg gegen »Muslimrebell« in Tschetschenien wird von Beobachtern als einer der Hauptgründe dafür benannt, daß ein diffuses Mißtrauen gegenüber der islamischen und arabischen Welt in der russischen Bevölkerung um sich greift.<sup>103</sup>

**103** Russian Apathy Shapes Putin's Policy on Iraq, in: Wall Street Journal, 22.1.2003. Das Meinungsbild zum Irakkrieg im Oktober 2002: Die Frage »Wie soll Rußland sich verhalten, wenn die USA eine Militäroperation zum Sturz Saddam Husseins beginnt?« beantworteten nur 21 Prozent der Russen mit der Verurteilung des Kriegs und der diplomatischen Unterstützung des Irak, 39 Prozent plädierten für ein Verhalten, das mit der Fortsetzung der Anti-Terror-Allianz mit den USA vereinbar ist. 14 Prozent votierten für Unterstützung der USA mit nichtmilitärischen Mitteln, 3 Prozent für

Die Verbindung zwischen Islam-Innenpolitik und Islam-Außenpolitik, die in sowjetischer Zeit infolge der Einbindung der offiziellen Geistlichkeit in die Orient- und Drittwelt politik Moskaus bestanden hatte, ist auch im größten sowjetischen Nachfolgestaat nicht ganz aufgehoben. Insbesondere der Krieg in Tschetschenien und der Hinweis auf die Unterstützung islamistischer Bewegungen in Rußland durch das islamische Ausland tangieren die russische Außenpolitik im Nahen und Mittleren Osten. Dies soll an einigen Beispielen – Iran, Saudi-Arabien, Türkei und Israel – gezeigt und untersucht werden.

Zu Beginn des zweiten Tschetschenienkriegs war die russische Außenpolitik noch bemüht, an der Primakowschen Tradition guter Beziehungen zu Staaten des Mittleren Ostens festzuhalten. Bei einer Diskussion über »Rußlands Beziehungen zur islamischen Welt« betonten Vertreter des Außenministeriums 1999, es liege keineswegs im strategischen Interesse Moskaus, einen Gegensatz zum Islam und zum Mittleren Osten aufkommen zu lassen. Ein solcher Gegensatz würde die Zivilisation Rußlands beschädigen. Für eine trennscharfe Unterscheidung zwischen Islam und Terrorismus setzten sich namhafte russische Politiker ein – so der ehemalige Ministerpräsident Tschernomyrdin in einem Kommentar auf dem Höhepunkt der Kriegshandlungen Mitte November 1999: Man kämpfe hier keineswegs gegen den Islam, sondern gegen ein »Banditentum«, das weniger mit Dschihad als mit Drogenhandel und krimineller Wirtschaftstätigkeit zu tun habe.<sup>104</sup> Damals legitimierte Moskau einen »raschen ordnungsschaffenden Militärschlag«, der dann aber wieder zu einem andauernden schmutzigen Krieg mutierte.

### Beziehungen zum Iran

Die Außenpolitik Rußlands gegenüber der Islamischen Republik Iran wurde in den letzten Jahren stärker von geopolitischen und wirtschaftlichen Themen wie dem Rechtsstatus des Kaspischen Meers, der Interessenkonvergenz in Fragen globaler und regionaler Politik (Afghanistan, Tadschikistan), Handelsbeziehungen und Rüstungsexport bestimmt als von der Frage, wie Moskau sein Verhältnis gegenüber den eigenen Muslimen gestaltet. Als sich 1988 der religiöse Führer des Iran, Ayatollah Chomeini, in

einem persönlichen Brief an den sowjetischen Parteiführer Michail Gorbatschow wandte, kam dieser Frage noch großes Gewicht zu: Moskau könne seinen durch den Krieg in Afghanistan verwirkten Einfluß in der islamischen Welt nur durch Aufgabe seiner atheistischen Ideologie und durch Respekt vor dem Islam in seinem eigenen Herrschaftsbereich zurückgewinnen.

Zu Beginn der nachsowjetischen Periode identifizierte der damalige russische Außenminister Kosyrew den »fundamentalistischen Iran« noch als die potentiell größte Gefahr im Süden. Auch im Westen erwartete man damals noch, daß ideologische Einflußnahme auf die exsowjetischen Muslimregionen und -völker am ehesten von der Islamischen Republik Iran ausgehen würde. Dies erwies sich jedoch schon bald als Fehleinschätzung. Die iranische Politik gegenüber Zentralasien, Kaukasien und Rußland basierte stärker auf sicherheitspolitischen und ökonomischen Interessen und zielte nicht auf religiöse Mission. Nur wenn die politischen Beziehungen zu einem sowjetischen Nachfolgestaat, so zu Aserbaidschan, gespannt waren, setzte Teheran auch das Instrument der Einflußnahme auf religiös motivierte Anti-Regime-Kräfte ein.<sup>105</sup> Islamische Autorität kam bei der iranischen Beteiligung an der Lösung des Tadschikistankonflikts zum Tragen: Teheran »bearbeitete« die eine Konfliktpartei, die islamistische Bürgerkriegsgruppe, während Moskau seinen Einfluß auf die andere Partei, das postsowjetische Regime in Duschanbe, geltend machte. Nicht nur im Zuge dieser Kooperation entwickelten sich pragmatische bilaterale Beziehungen zwischen Teheran und Moskau, woran auch Rußlands Krieg in Tschetschenien prinzipiell nichts änderte. Iran hielt sich mit Kritik am zweiten Tschetschenienkrieg zurück. Der iranische Außenminister tat sich 1999 schwer damit, Moskau die Beschwerde der Organisation der Islamischen Konferenz über die Wiederaufnahme militärischer Maßnahmen in Tschetschenien vorzutragen.

### Beziehungen zur Türkei

Die russisch-türkischen Beziehungen sind von einer starken Ambivalenz zwischen Wirtschaftsinteressen und Geopolitik geprägt. Einerseits ist die Türkei Rußlands Haupthandelspartner im Nahen Osten, ein

militärische Unterstützung des Irak.

<sup>104</sup> *Nezavisimaja gazeta*, 20.11.1999.

<sup>105</sup> Brenda Shaffer, *Is There a Muslim Foreign Policy? The Case of the Caspian*, in: *Current History*, (November 2002), S. 382–387.

Hauptabnehmer von russischem Erdgas und Bezieher militärischer Ausrüstung aus Rußland, andererseits konkurriert sie mit Rußland um Einfluß im kaukasisch-kaspischen Raum und ist ein enger Verbündeter der USA, was deren Politik im Süden Eurasiens betrifft. Spannungen in den russisch-türkischen Beziehungen haben historische Wurzeln in Jahrhunderten der Konfrontation zwischen dem expandierenden Zarenreich und dem niedergehenden Osmanischen Reich, später im Kalten Krieg, in dem die Türkei den Nato-Vorposten an der sowjetischen Südgrenze bildete.<sup>106</sup>

Auf der Liste bilateraler Probleme stand in den neunziger Jahren an exponierter Stelle der Verdacht der Einflußnahme auf separatistische Kräfte – hier der angebliche Einfluß der Türkei auf tschetschenische Separatisten, dort jener Rußlands auf die kurdische Nationalbewegung unter Führung der militanten PKK. Eine Untersuchung der Kommentare und Handlungen Moskaus und Ankaras zeigt aber, daß in den letzten Jahren die Reizthemen Tschetschenien und PKK in den bilateralen Beziehungen hinter positiven Entwicklungen im Handel, im Tourismus, im Austausch militärischer Güter und besonders in der Energiepolitik zurücktraten. Nach dem 11. September arbeiteten beide Staaten mit den USA in der Anti-Terror-Allianz zusammen.

Das Moskauer Geiseldrama vom 23. bis 28. Oktober 2002 rückte das Thema Tschetschenien wieder in den Vordergrund. Die türkischen Medien, darunter besonders islamisch orientierte, verurteilten das rigorose Vorgehen der russischen Sicherheitskräfte bei der Geiselfreiung am 28. Oktober auf das schärfste. Daraufhin übermittelte der russische Botschafter eine diplomatische Note an das Außenministerium in Ankara, in der er sich darüber beschwerte, daß die türkischen Medien eine antirussische Tendenz zeigten. In der Vergangenheit hatte Moskau den »sanften« Umgang türkischer Behörden mit protschetschenischen Terroristen wie den Geiselnehmern der Schwarzmeerfähre Eurasia vom Januar 1996 beklagt, das in deutlichem Kontrast zu dem Vorgehen türkischer Sicherheitskräfte gegen kurdische Separatisten stehe. Drohungen der russischen Regierung nach der Geiselnahme, tschetschenische Rebellen anzugreifen, wo immer sie sich auch verschanzen,

<sup>106</sup> Robert O. Freedman, Moskaus Politik im Nahen Osten, in: Osteuropa. Sonderheft »Rußlands Außenpolitik – von El'cin bis Putin«, (2001) 4/5, S. 554–587, bes. S. 571–580; Robert Olson, Turkey–Russian Relations, 2000–2001: Containment or Congagement?, in: Orient, 43 (2002) 1, S. 79–94.

mußten die Türkei aufhorchen lassen, befindet sich in diesem Land doch eine Gemeinde von Nachfahren kaukasischer Flüchtlinge des 19. Jahrhunderts und der Revolutions- und Bürgerkriegszeit, die zwischen fünf und sieben Millionen Menschen zählt. Sie ist in Vereinen und Stiftungen organisiert, die schon im ersten Tschetschenienkrieg Solidarität mit den ethnischen und konfessionellen Verwandten im Nordkaukasus zeigten und die türkische Regierung unter Druck zu setzen versuchten, gegenüber Moskau eine klare Position in Hinsicht auf Tschetschenien zu beziehen. Der russische Botschafter bezichtigte nun diese kaukasischen und speziell die tschetschenischen Vereine in der Türkei, finanzielle und materielle Unterstützung für den »tschetschenischen Terrorismus« organisiert zu haben. Die Beschuldigten wiesen den Vorwurf zurück. Man habe lediglich für humanitäre Hilfe gesorgt.<sup>107</sup>

Diese Störung in den bilateralen Beziehungen fiel mit dem Machtwechsel in der Türkei nach den Parlamentswahlen vom 3. November zusammen, bei denen die gemäßigt islamistische Partei AKP einen Erdrutschsieg erringen konnte; sie stellt nun neben dem Ministerpräsidenten den Großteil der Kabinettsmitglieder. Auf diplomatischer Ebene wird aber auch die neue Regierung bemüht sein, interessenbetonte Beziehungen zu Rußland vor größerem Schaden zu bewahren und das eigene wirtschaftliche und politische Engagement im kaspischen Raum Moskau nicht als Provokation erscheinen zu lassen.

### Beziehungen zu Saudi-Arabien

Trotz der pro-arabischen Haltung Moskaus in der Palästinafrage unterhielt die Sowjetunion seit den dreißiger Jahren keine diplomatischen Beziehungen mit Saudi-Arabien. Riad war ein scharfer Gegner sowjetischer Einflußnahme auf radikale arabische Regime wie dem marxistischen im Südjemen und gehörte nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan zu den aktivsten Unterstützern der Mudschahedin. Auch die Unterdrückung des Islam in der Sowjetunion war für Riad Anlaß zur Gegnerschaft. Auch deshalb weigerte es sich bis weit in die Gorbatschow-Ära hinein, diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Die Wende kam

<sup>107</sup> Zitiert in: Jon Corvett, Chechen Question Harms Turkish–Russian Relations, in: Eurasia Insight, 7.11.2002, <[http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav110702a\\_pr.shtml](http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav110702a_pr.shtml)>.

erst 1990 – kurz nach der irakischen Invasion in Kuwait und der Liberalisierung der sowjetischen Religionspolitik. Unter Präsident Jelzin wurden die diplomatischen Beziehungen aufgenommen, Saudi-Arabien gewährte Moskau 1991 2,5 Milliarden Dollar Hilfe. In Rußland antizipierte man nun freundschaftliche Beziehungen und umfangreiche saudische Investitionen sowie in der Gegenrichtung russische Waffenexporte nach Saudi-Arabien, sorgte für eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen aber auch auf religiöser Ebene. 1996 stellte ein russischer Zeitungsartikel fest: »Die Muslime Rußlands fühlten sich erstmals seit Jahrhunderten wieder als Teil der islamischen Welt. Auf Initiative Boris Jelzins nahm Rußland die seit langem unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zu Saudi-Arabien, der Wiege des Islam, wieder auf. [...] Jährlich besuchen Tausende russischer Muslime Mekka und Medina.«<sup>108</sup>

Die Beziehungen kühlten bald jedoch wieder ab. Riad fühlte sich weiterhin durch russische Waffenexporte in Staaten des Mittleren Ostens bedroht, zu denen das Königreich in gespannten Beziehungen steht. Beide Staaten wurden zu Konkurrenten auf dem Weltmarkt für Erdöl und verfolgten eine gegensätzliche Preispolitik: Moskau konnte der Weltmarktpreis für Erdöl nicht hoch genug sein, Riad war innerhalb der OPEC um ein moderates Preisniveau bemüht. Die einzige Frage, in der beide Seiten in sowjetischer Vergangenheit übereingestimmt hatten, wurde nun ebenfalls streitig. Moskau revidierte seine Israel-Politik und entwickelte zum Hauptfeind der arabischen Welt enge und interessenbetonte Beziehungen (einschließlich militärischer).

Zu den entscheidenden Störfaktoren in den bilateralen Beziehungen gehört das Verhältnis zu Islam und Islamismus. Moskau behauptete vor allem von Kräften in und aus Saudi-Arabien, daß sie die Wiedergeburt des Islam in Rußland und im gesamten postsowjetischen Raum maßgeblich in Sinne eines radikalen Islamismus beeinflussten. Es bezichtigte Saudi-Arabien auch der direkten Einmischung in seinen Konflikt mit Tschetschenien. Die Unterstützung des Taliban-Regimes durch Riad wertete Moskau schließlich als Beweis für eine generelle islamistische Außenpolitik des Königreichs.<sup>109</sup> Besonders seit Beginn des zweiten Tschetschenienkriegs 1999 richtet der FSB gemeinsam mit regionalen Regierungen im Nordkaukasus wie der

dagestanischen entsprechende Vorwürfe an Riad. Im Mittelpunkt stehen dabei religiöse Stiftungen und Organisationen wie *Al-Haramain*.

Zur Chiffre dieser Vorwürfe wurde in russischen Quellen die stereotype Verwendung des Begriffs Wahhabismus zur generellen Bezeichnung islamistischer Tendenzen. Mit deutlich mehr Nachdruck weist Rußland nach dem 11. September auf Saudi-Arabien als den zentralen Herd weltweiter Islamismusdiffusion hin – so beim Besuch von Präsident Bush in St. Petersburg im November 2002. Präsident Putin spielte bei dieser Gelegenheit auf »fragwürdige« Verbündete der USA im Kampf gegen Terrorismus an und wies darauf hin, daß von den 19 Terroristen, die den Anschlag am 11. September verübt haben, 15 Staatsbürger Saudi-Arabiens waren.<sup>110</sup> Dies deckt sich weitgehend mit einer veränderten Wahrnehmung des Königreichs in den USA. Auch hier wird nach dem 11. September darauf hingewiesen, daß sich die königliche Familie ihrer islamistischen Opposition im eigenen Land und des Vorwurfs, sich von den Normen des »reinen Islam« längst entfernt zu haben, durch den Export ultra-puritanischer und militant islamistischer Bewegungen zu erwehren versuche.

Saudische Stellen äußern sich zu den Vorwürfen aus Moskau mit großer Zurückhaltung. Ein westlicher Mittelostexperte berichtet über private Gespräche mit saudischen Offiziellen zu diesem Thema. Dabei hätten sie jegliche Unterstützung der tschetschenischen Kombattanten durch die Regierung in Riad kategorisch abgestritten, es aber für möglich gehalten, daß private Gelder aus Saudi-Arabien in das Kriegsgebiet transferiert worden sein könnten. Dies sei aber der Regierung ebensowenig vorzuhalten, wie etwa Washington Spenden von Privatpersonen in den USA an die IRA anzukreiden seien. Islamische Stiftungen mit Sitz in Saudi-Arabien leisteten humanitäre Hilfe für tschetschenische Flüchtlinge, worüber Rußland informiert worden sei. Russische Beschwerden über direkte Unterstützung der Rebellen verfolgten nicht zuletzt den Zweck, »diese saudischen Hilfsorganisationen zu zwingen, ihre Unterstützungsmittel durch russische Regierungsstellen und Nichtregierungsorganisationen verteilen zu lassen.«<sup>111</sup> Dabei hätten aber Geber, die humanitäre Hilfsmittel in russische Distributionskanäle leiten würden, stets zu befürchten, daß diese Mittel ihre Empfänger nie erreichen. Saudische Stellen

<sup>108</sup> Nezavisimaja gazeta, 1.6.1996.

<sup>109</sup> Mark N. Katz, Saudi-Russian Relations in the Putin Era, in: Middle East Journal, 55 (Herbst 2001) 4, S. 603–622.

<sup>110</sup> Financial Times, 23.11.2002.

<sup>111</sup> Katz, Saudi-Russian Relations in the Putin Era [wie Fn. 109], S. 619.



weisen auch den Vorwurf zurück, Riad fördere die Verbreitung von Islamismus im ehemals sowjetischen Raum. Die Verwendung des Terminus Wahhabismus für subversive radikal-religiöse Bewegungen in Rußland und seiner Nachbarschaft stelle eine Beleidigung für Saudi-Arabien als Wiege und Hort der wahhabitischen Islamvariante dar. Radikal islamistische Strömungen, die in Eurasien von sich reden machen, seien eher pakistanischer und afghanischer Provenienz.

Russische Quellen räumen ein, daß die saudische Regierung nicht die volle Kontrolle über die Handlungen von Nichtregierungsorganisationen und religiösen Stiftungen haben mag. Sie weisen aber darauf hin, daß Organisationen wie *Al-Haramain* den Interessen der Regierung nicht gänzlich zuwiderhandeln würden. Die Grenzen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen religiösen Akteuren seien also fließend.

### Beziehungen zu Israel

Wirkt sich Tschetschenien als Störfaktor in den Beziehungen zu Saudi-Arabien, der Türkei und anderen Ländern des Mittleren Ostens aus, gilt das Gegenteil für die Entwicklung russisch-israelischer Beziehungen. Und an diesen bilateralen Beziehungen wird der in letzter Zeit vollzogene Wandel russischer Mittelostpolitik am deutlichsten.

Vor dem Beginn des zweiten Tschetschenienkriegs spiegelten die Beziehungen zu Israel ähnlich wie die zur Türkei einen Konflikt zwischen russischen Wirtschaftsinteressen und den aus sowjetischer Zeit überkommenen außenpolitischen Einstellungen wider. Israel wurde gegen Ende der neunziger Jahre – nach der Türkei – zu Rußlands zweitgrößtem Handelspartner im Nahen Osten. In dem Land leben nahezu eine Million russischsprachiger Juden, die größte russischsprachige Diaspora außerhalb des ehemals sowjetischen Raums.<sup>112</sup> Zwischen Rußland und Israel entwickelte sich eine rüstungswirtschaftliche Kooperation (Koproduktion militärischer Flugzeuge). Auf israelischer Seite liegen die Interessen in der Wahrung der Migrationsfreiheit für russische Juden, der Verhinderung des Exports russischen Nuklearmaterials an Israels Feinde, einer neutralen Position Moskaus im Nahostkonflikt und in der Förderung des wachsenden bilateralen Handels.

**112** Robert O. Freedman, Moskaus Politik im Nahen Osten unter El'cin und Putin, in: Osteuropa, 51 (2001) 4–5, S. 580–585.

Mit dem zweiten Tschetschenienkrieg 1999 und dem Ausbruch der Al-Aksa-Intifada ein Jahr später bekamen die russisch-israelischen Beziehungen ein gemeinsames Thema: Kampf gegen Terrorismus. Israel unterstützte Moskaus angeblichen Anti-Terror-Kampf in Tschetschenien, stellte medizinische Hilfe für die Opfer der Bombenanschläge in Moskau 1999 bereit und ließ verwundete russische Soldaten behandeln. Dafür nahm nach dem Ausbruch der Al-Aksa-Intifada die russische Regierung eine von der Primakow-Tradition abweichende Haltung zum Nahostkonflikt ein und verhielt sich zunehmend pro-israelisch. Präsident Putin, sein tschetschenienpolitischer Sprecher Jastrschembski und Verteidigungsminister Sergej Iwanow verglichen Terrorakte in Palästina mit extremistischen Aktivitäten in Tschetschenien. Die Duma nahm in deutlichem Gegensatz zu früheren Parlamentsentscheidungen eine neutrale Position im Nahostkonflikt ein, als sie mit großer Stimmenmehrheit nicht Israel, sondern »extremistische Kräfte« für die Gewalteskalation im Heiligen Land verantwortlich machte. Freilich gab es auch Opponenten gegen diese Revision russischer Israelpolitik – unter pro-arabischen Kräften im Außenministerium und im Geheimdienst, unter antisemitischen Kräften in der russischen Gesellschaft, im kommunistischen und nationalistischen Lager sowie in der muslimischen Gemeinde. In Dagestan fand im Mai 2002 eine Demonstration mit 3000 Teilnehmern statt – für die Sache der Palästinenser.

Gleichwohl rangiert der antimuslimische Affekt in Rußland inzwischen wohl vor den traditionell antisemitischen Ressentiments. Der Vorsitzende des Russischen Jüdischen Kongresses, Jewgenij Satanowskij, stellte kürzlich fest, der Antijudaismus sei inzwischen eher »die letzte in einer langen Reihe russischer Xenophobien«.<sup>113</sup> Vor allem verfestigte sich in Rußland die Gewohnheit, Palästinenser und Tschetschenen miteinander zu vergleichen, mit »Terrorismus« als verbindendem Element.<sup>114</sup> Dabei wird Israel zum Vorbild für effiziente Terrorismusbekämpfung, wenn russische Politiker präventive Gewalt – auch gegen einen anderen Staat – zu legitimieren versuchen. So äußerte der Vorsitzende des Föderationsrats auf dem Höhepunkt

**113** Zitiert in: Economist, 25.1.2003, S. 30.

**114** Šimon Briman, Čečenskiy ekstremizm i palestinskaja intifada. Sravnitel'nyj analiz vyzovov Rossii i Izrailju [Der tschetschenische Extremismus und die palästinensische Intifada. Eine komparative Analyse der Herausforderungen an Rußland und Israel], in: Central'naja Azija i Kavkaz (Lulea), 18 (2001) 6, S. 170–177.

der russisch-georgischen Spannungen wegen des Pankisi-Tals im Sommer 2002, Rußland müsse sich ein Beispiel an Israel nehmen, was Präventivschläge gegen Terroristen auf dem Territorium anderer Staaten betrifft. Rußland habe das Recht, gezielte Vergeltungsaktionen zur Vernichtung von Terroristenlagern auch außerhalb seiner Grenzen durchzuführen.<sup>115</sup>

115 Zitiert in: FAZ, 1.8.2002.

## Ausblick

Wenn europäische und deutsche Rußlandpolitik der Entwicklung von Zivilgesellschaft und Pluralismus besondere Aufmerksamkeit widmet, kann sie am Verhältnis Rußlands zu seiner zweitgrößten Glaubensgemeinschaft und an seiner Politik gegenüber einer Vielzahl kleinerer Nationalitäten, die in diese Konfession mehr oder weniger stark eingebunden sind, nicht vorbeisehen. Sie sollte Rußland als einen Partner im Diskurs über Islam in Europa betrachten, auch als Gesprächs- und Kooperationspartner in der notwendigen Auseinandersetzung mit religiös-politischem Extremismus. Diese Auseinandersetzung muß sich aber auf Fakten stützen und darf nicht auf Ressentiments, verzerrten Wahrnehmungen und propagandistisch gefärbten Konfliktdeutungen beruhen.

Im Gegensatz zu dem Bild, das die Medien Rußlands seit Mitte der neunziger Jahre vom islamischen Boom zeichnen, bilden die Muslime des Landes eher eine schweigende Minderheit. Dabei haben sie zunehmend Anlaß zu Beschwerden über Diskriminierung, die ihnen in gesteigerter Form nach Ereignissen wie dem Geiseldrama vom Oktober 2002 widerfährt. Ihre staatsnahen offiziellen Führer sehen in der immer engeren Verbindung von Islamophobie und anti-kaukasischem Ressentiment in der öffentlichen Meinung Rußlands eine Gefahr für die bisher überwiegend friedliche Beziehung zwischen den traditionellen Glaubensgemeinschaften der Russischen Föderation. Sie selbst tragen aber zu einer verzerrten Islamperzeption bei, indem sie Rivalen mit Schlagworten wie Wahhabit belegen.

Vor 1996 gehörte die »islamische Wiedergeburt« unter nachsowjetischen Bedingungen kaum zu den politischen Reizthemen in Rußland – trotz des Auftretens einer islamistischen Partei (der 1990 in Astrachan gegründeten Partei der Islamischen Wiedergeburt) und der Politisierung von Islam im Bürgerkrieg Tadschikistans, in den Moskau als externer Akteur und Mediator verwickelt war. Politische Interessenvertretungen der Muslime Rußlands stellten sich bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen hinter den Präsidenten Jelzin. Erst die sich verstärkende Tendenz, den Sezessionskonflikt mit Tschetschenien als Auseinandersetzung mit dem militanten Islamismus und seinen transnationalen Netzwerken dar-

zustellen, die damit einhergehende Verschmelzung von antikaukasischen und antimuslimischen Ressentiments in der russischen Öffentlichkeit sowie die inflationäre Beschwörung der »Wahhabitengefahr« in russischen Medien rückten das Thema Islam in einen einseitigen Zusammenhang mit Gewalt und Extremismus. Auch gelegentliche und geflissentliche Ermahnungen des Präsidenten und anderer hochrangiger Politiker Rußlands, Islam von Extremismus und Terrorismus zu unterscheiden, ändern wenig an dieser Wahrnehmung.

Außerhalb des Konflikts mit Tschetschenien wird das Verhältnis zwischen Rußland und seinem muslimischen Bevölkerungsteil international wenig beachtet – im Gegensatz etwa zum Verhältnis zwischen säkularen Regimen und islamistischen Oppositionskräften in den zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Dabei ist die Frage, ob sich in Rußland ein antagonistisches Verhältnis zu Muslimen – etwa als Folge der islamophoben Perzeption der vielschichtigen Probleme im Nordkaukasus – entwickeln könnte, für Europa sicher nicht weniger relevant als die Frage, wie postsowjetische Staaten in Zentralasien auf Herausforderungen durch islamistische Oppositionskräfte reagieren und ob in dieser Region des weiteren OSZE-Raums ein Dialog zwischen säkularen Regierungen und politischem Islam vermittelt werden kann.

Wie kein anderes Geschehen beeinflußt der Krieg in Tschetschenien die Beziehung zwischen Rußland und seinen islamischen Innen- und Außenwelten. Auch wenn die Regierungen islamischer Länder ebenso wie politische Repräsentanten der Muslime Rußlands der tschetschenischen Sezession die Anerkennung verweigern, strahlt doch die andauernde Gewalt in Tschetschenien auf alle Aspekte einer Muslime betreffenden Innen- und Außenpolitik Rußlands aus. So wie der sowjetische Afghanistankrieg seinerzeit den Eisernen Vorhang zum Schutz gegen islamistische Einflüsse aus der Nachbarschaft der Sowjetunion auf die Muslime Mittelasiens lüftete, begünstigten die Tschetschenienkriege in nachsowjetischer Zeit die Verbreitung radikaler Strömungen unter den Muslimen des Nordkaukasus und anderer Regionen Rußlands. Die russische Wahrnehmung bauscht dies zu einer massiven

externen Bedrohung durch »internationalen islamistischen Terrorismus« am Rande Europas auf und legitimiert daraus ein kompromißloses Vorgehen gegen tschetschenische »Muslimrebell«en. Dabei wird dieser andauernde Krieg ebenso zu einem europäischen wie zu einem Thema der weiteren islamischen Welt. Er ist derzeit, das heißt nach der Deeskalation der Balkankonflikte, im Raum der OSZE das herausragende Gewaltereignis und die größte humanitäre Katastrophe. Dieser Krieg geht Europa schon deshalb an, weil zu dem Legitimationsarsenal der russischen Führung die Behauptung gehört, Rußland leiste hier mit militärischen Mitteln einen zentralen Beitrag zum Schutz Europas vor islamistischem Terrorismus. Kritik am terroristischen Charakter dieser »Anti-Terror-Operation« mit ihren extralegalen Gewaltakten gegen die Zivilbevölkerung Tschetscheniens wehrt Moskau als »Doppelmoral« und »Heuchelei« ab. In Wirklichkeit bereiten diese Gewaltakte den Boden dafür, daß die Propagandaschablone vom Kampf gegen islamistische Gewaltakteure zur *self-fulfilling prophecy* wird. Wenn Europa dazu beitragen will, die Gefahr antagonistischer Beziehungen zwischen Rußland und seinen Muslimen abzuwenden, gilt es zunächst also, die Spirale der Gewalt in Tschetschenien zu durchbrechen. Europäische Politik wird dabei zwischen ernsthaften Absichten zu einer Beendigung des schmutzigen Kriegs im Nordkaukasus und Attrappen von »Normalisierung«, »Tschetschenisierung« und »politischer Lösung« unterscheiden müssen, wie sie Moskau zuletzt mit einem unter Kriegsumständen durchgeführten Verfassungsreferendum in Tschetschenien präsentierte.

Andererseits sind die Sorgen, die man sich in Rußland über radikalisiert wirkende externe Einflüsse auf den Prozeß islamischer Wiedergeburt im gesamten postsowjetisch-eurasischen Raum macht, ernst zu nehmen. Von dieser Sorge sind nun auch die Einstellungen Moskaus zum Krieg im Irak geprägt. Man befürchtete als Reaktion auf diesen Krieg eine weitere Welle der Radikalisierung islamischer Bewegungen, die auch Rußland, den Kaukasus und Zentralasien erfassen würde. Wenn der Gesprächspartner Rußland auf radikalisiert wirkende Einflüsse beim Austausch zwischen Muslimen Rußlands und der islamischen Außenwelt verweist, muß von ihm allerdings verlangt werden, anstelle eines diffusen Bedrohungsbilds ausufernder »Wahhabitengefahr« präzisere Informationen vorzulegen.

## Abkürzungen

AKP	Adalet ve Kalkinma Partisi (Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei; Türkei)
CRS	Caucasus Reporting Series
DUMD	Duhovnoe upravlenie musul'man Dagestana (Geistliche Verwaltung der Muslime Dagestans)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FSB	Federal'naja služba bezopasnosti (Föderaler Geheimdienst; Rußland)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IFSH	Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg
IRA	Irish Republican Army
ISI	Inter-Services Intelligence (pakistanischer Militärgeheimdienst)
ISIM	International Institute for the Study of Islam in the Modern World (Leiden, NL)
IWPR	Institute for War and Peace Reporting (London)
NGO	Non-Governmental Organization
OMON	Otdel milicii osobogo naznacenija (Abteilung der Miliz für besondere Aufgaben)
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PKK	Partiya Karkerên Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans)
RCA	Reporting Central Asia
RF	Russische Föderation
ROK	Russisch-Orthodoxe Kirche
RSFSR	Rossijskaja Sovetskaja Federativnaja Socialističeskaja Respublika (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik)
UN	United Nations
VCIOM	Vserossijskij centr izučenija obščestvennogo mnenija (Allrussisches Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung)